

**zoon politikon**  
**darmstädter**  
**studierendenzeitschrift**  
**nr. 7 / oktober '99**

# **bilderverbot**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Die Diskussion der Goldhagen-Kontroverse in Deutschland: Medienereignis oder Vermeidungsdiskurs?</b> <i>(Peter Pan)</i>	1
<b>Warum wählen? – Jedes Jahr auf's Neue</b> <i>(Thilo Klinger)</i>	2
<b>Orgon, sprechende Pilze und kosmische Mathematik</b> <i>(Krimhild Kristleisdottir)</i>	3
<b>Überwachungswahn in Darmstadt</b> <i>(Reinhard Heil)</i>	7
<b>Massaker im Ankaraer Gefängnis fordert 12 Tote</b> <i>(Internationale Liste)</i>	8
<b>Warum aus einem Erdbeben ein Massaker wurde!</b> <i>(Internationale Liste)</i>	9
<b>Die Situation von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland</b> <i>(Katja Schikorra)</i>	10
<b>Autonomie statt Demokratie – Quo vadis, TU Darmstadt?</b> <i>(Thilo Klinger)</i>	15
<b>Behindert Studieren?</b> <i>(Jutta vom Hofe)</i>	17
<b>CDU stimmt für Straßenbenennung von Antisemitin Maria Stirtz</b> <i>(Bastian Ripper)</i>	21
<b>Studierende gegen Rabehl – Offener Brief an die Hans-Böckler-Stiftung</b> <i>(Leitungskollektiv der Hans-Böckler-Stiftung)</i>	22

# DIE DISKUSSION DER GOLDHAGEN-KONTROVERSE IN DEUTSCHLAND: MEDIENEREIGNIS ODER VERMEIDUNGSDISKURS?

– VON PETER PAN –

Mit seiner "dichten Beschreibung" der Grausamkeit "ganz normaler" deutscher Vollstrecker des Holocaust und seiner zentralen These, daß sie die Juden weitgehend freiwillig umbrachten, weil die Deutschen von einem kulturell tief verankerten "eliminatorischen Antisemitismus" besessen waren, hatte Daniel Jonah Goldhagen vor drei Jahren über politische Lager und wissenschaftliche Fraktionen hinweg einen Sturm der Entrüstung in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen: Goldhagen unterstelle den deutschen eine Kollektivschuld, sei wegen seiner antideutschen Einstellungen ein Rassist und schüre neue antisemitische Vorurteile in Deutschland.

Vor allem namhafte deutsche Historiker lehnten Goldhagens Thesen entschieden ab. Eberhard Jäckel brachte ihre Auffassung auf den Punkt: "Hitlers willige Vollstrecker" sei nicht auf dem gegenwärtigen Stand der Forschung, genüge nicht einmal mittelmäßigen Ansprüchen und sei durch und durch mangelhaft, mißlungen und "einfach schlecht". Mit ihrer vernichtenden Kritik an Goldhagen konnten Jäckel, Hans Mommsen und Hans-Ulrich Wehler nicht verhindern, daß "Hitlers willige Vollstrecker" auf großes Interesse beim Publikum in Deutschland stieß und daß Goldhagen der Blätter-Demokratiepreis 1997 mit einer Laudatio von Jürgen Habermas – der sich erst spät und nur halbherzig in die Debatte einmischte – verliehen wurde. Darüber beklagen sich nun verschiedene Geschichtswissenschaftler, wie z.B. die Jäckel-Schülerin und Chefhistorikerin der Ermittlungsbehörde gegen NS-Verbrecher im kanadischen Justizministerium Ruth Bettina Birn, in dem von Johannes Heil und Rainer Erb herausgegebenen und 1998 erschienenen Sammelband "Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit". Weil Goldhagens Behauptungen wissenschaftlich nicht haltbar seien, werde der Öffentlichkeit ein falsches Bild vom Holocaust vermittelt, das sich nur schwer korrigieren lasse. Der "Streit um Daniel J. Goldhagen" sei ein bloßes Medienereignis gewesen und sollte endlich beendet werden.

Die Frage, ob unter die Goldhagen-Kontroverse

ein Schlußstrich gezogen werden sollte, ist jedoch längst nicht entschieden. In der Zwischenzeit sind eine ganze Reihe von Veröffentlichungen in Deutschland erschienen, in denen Goldhagens Werk und die deutsche Goldhagen-Kontroverse grundlegend anders als von der etablierten deutschen Holocaustforschung interpretiert wird.

Der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann räumt in seinem Buch "Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse" im Gegensatz zu seinen Fachkollegen ein, daß "Hitlers willige Vollstrecker" doch nicht so schlecht ist. Auch Karola Brede und Alexander C. Karp vom Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt am Main vertreten den Standpunkt, daß vieles für Goldhagens These vom "eliminatorischen Antisemitismus" sprechen würde. Für den Darmstädter Soziologen Helmut Dahmer hat nicht Goldhagen, sondern die "mainstream-Geschichtsschreibung" ein falsches Bild vom Holocaust gezeichnet: "Goldhagens Buch ist eine Defizitanzeige." Dahmer fordert einen Paradigmenwechsel in der Holocaustforschung, da sich die akademische Geschichtsschreibung in Deutschland mit der politischen Führung oder den politisch-ökonomischen Strukturen im "Dritten Reich", nicht aber mit dem Leid der Opfer, den "ganz normalen" Deutschen, den Tätern und ihren Motiven auseinandergesetzt habe.

In ihrer Studie "Goldhagen und die deutsche Linke" unterstreichen Matthias Küntzel, Klaus Thörner u.a.: "Die Herausforderung, die Goldhagens Studie darstellt, wird bis heute nicht angenommen." Die deutsche Goldhagen-Kontroverse war für Küntzel, Thörner u.a. kein Medienereignis, sondern ein Vermeidungsdiskurs. Die Abwehr gegen die Goldhagen-Studie entlarve sich – auch innerhalb der deutschen Linken – als die erneute Weigerung, sich mit der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland auseinanderzusetzen.

Letzteres gilt für den deutsch-kanadischen Historiker Fred Kautz auch und gerade für die deutsche Holocaustforschung. In seinem Buch "Goldhagen und die 'Hürnen Sewfriedte'. Die Holocaust-Forschung im Sperrfeuer der Flakhelfer" vertritt Kautz die These, daß Geschichtswissenschaftler, wie z.B. Mommsen und Wehler, einer Generation angehören, die zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit "Hitlers willige Vollstrecker" unfähig sei, weil sie mit ihren Biographien selbst auf verschiedene Weise in den Nationalsozialismus verstrickt sind. Eine Beschäftigung mit den Opfern und der antisemitischen Mentalität der "ganz normalen" Deutschen im "Dritten Reich" würde sie mit ihrer eigenen verdrängten Geschichte konfrontieren, und das wehren sie für Kautz ab. Deshalb würden sie Goldhagens einführende Darstellung des Holocaust vehement kritisieren und sich "nüchtern" und "distanziert" mit der Eigendynamik von abstrakten Strukturen im "Dritten Reich" befassen.

Im Mai 1999 trafen sich viele der deutschen

Verteidiger Goldhagens auf einer von der den "Grünen" nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung veranstalteten Tagung in Potsdam, um mit Daniel Jonah Goldhagen die Debatte zu bilanzieren und die weiteren Perspektiven zu diskutieren. Der Moderator der Konferenz, der US-amerikanische Politologe Andrei S. Markovits, zieht in der von ihm und Jürgen Elsässer herausgegebenen Dokumentation der Tagung "Die Fratze der eigenen Geschichte" ein positives Fazit: "Aber trotz massiver Meinungsverschiedenheiten zwischen Goldhagen und Markovits auf der einen und dem Großteil der Teilnehmer und Initiatoren der Konferenz auf der anderen Seite stand das zweitägige Treffen nicht nur auf einem hohen intellektuellen Niveau, sondern fand auch im Klima menschlicher Achtung und gegenseitigen Vertrauens statt."

Markovits' Einschätzung der Tagung ist erfreulich. Denn anders als die öffentliche Goldhagen- und Bubis-Walser-Kontroverse wäre die Konferenz dann ein Beispiel für ein deutsch-jüdisches – und auch deutsch-amerikanisches – Gespräch, das zumindest nicht gescheitert ist.

Insofern ist die aktuelle Diskussion der Goldhagen-Kontroverse in Deutschland entschieden: Für Gershom Scholem kann sich ein produktives Gespräch zwischen Deutschen und Juden nur unter der Voraussetzung entwickeln, daß Deutsche und Juden "den Willen zur vollen Wahrheit über das Gewesene" aufbringen. Ich glaube, daß es Aufgabe der Deutschen ist, den Willen zur vollen Wahrheit über die antisemitische Mentalität der "ganz normalen" Deutschen im "Dritten Reich" aufzubringen.

## Warum wählen?

Jedes Jahr auf's Neue ...

Hallo, Du! Wie geht's so? Sag mal, hast Du nicht Lust, Dich mal in Deiner Fachschaft oder im AStA oder Ähnlichem zu engagieren? Nö? Schade eigentlich.

Aber dass es Fachschaftsfeten gibt, findest Du schon gut, oder? Und dass es Leute gibt, die sich um die Studienbedingungen in Deinem Fach Gedanken machen, ist auch nicht schlecht, nicht wahr? Und ohne AStA, d.h. Bafög-Beratung, Schlosskeller, Papierläden, Busverleih u.v.m. wär's auch doof? Ganz zu schweigen von Leuten, die um's Semesterticket kämpfen (oder gegen Studiengebühren). So ein Streik alle vier, fünf Jahre reicht ja nicht so ganz aus. Da ist es schon gut, dass andere sich

darum kümmern, wenn man schon selbst keine Zeit hat.

Warum gehst Du dann nicht wählen? Erstens wäre das doch eine gute Gelegenheit, darauf Einfluss zu nehmen, wer gewählt wird (und dann vielleicht was macht) und was dann gemacht wird. Okay, ich sehe ein, dafür muss man sich informieren, wer was macht und wer nicht, und das ist bestimmt zuviel Arbeit. Aber zweitens würde man doch den Leuten, die die Zeit opfern, die Du nicht hast, Motivation (oder Dank oder so) geben. Das wär doch mal was.

Nebenbei, was hältst Du so von Demokratie? (Was findest Du besser? Aha, und was tust Du dafür, dass dies realisiert wird?) Ah ja, findest Du gar nicht schlecht. Und ist es zuviel verlangt, dafür im Januar (17. - 20.) eine Handvoll Kreuzchen zu machen? Na also.

Ach so, Du gehst sowieso immer wählen. Bei 14,5 % Wahlbeteiligung konnte ich damit ja nicht rechnen. Aber wie wäre es dann für Dich, Dir bei der nächsten Wahl einen notorischen Nichtwähler zu suchen, und ihm diesen Artikel zu zeigen (oder zu erzählen (oder vorzusingen oder oder oder))? Na klasse, Wahlbeteiligung auf einfache Weise verdoppelt.

PS: Originelle Antworten auf meine obenstehenden rhetorischen Fragen interessieren mich. Wirklich. Mail an thilo@asta.tu-darmstadt.de. Danke.

*Thilo Klinger*

## ORGON, SPRECHENDE PILZE UND KOSMISCHE MATHEMATIK

EIN KOMMENTAR ZUR SOMMERUNI UND IHREN FOLGEN

– VON KRIMHILD KRISTLEISDOTTIR –

Beam me up, Sommeruni. Das Orgon umgibt Euch. Orgon ist eine Energie, sie ist überall und leuchtet grün. Manche bauen sogar einen Orgogenerator, um sie technologisch zu nutzen. Ein Holzkasten, die Wände innen aus Schichten von Metall und anderen Stoffen, aus dem ein Schlauch herausragt. Die Pflanzen wachsen besser, wenn sie damit bestrahlt werden, vielleicht rettet es sogar die Menschheit. Die Macht ist mit Euch. Amen, trallala.

An der Sommeruni gab es verschiedene esoterische Workshops, die auch gut besucht waren. Der Workshop "freie Energie", von dem hier die Rede ist, war nicht der einzige. Geomantie, Tiefenökologie und Pendeln waren ebenfalls im Angebot.

Wollte man eine in- und out-Liste erstellen, die etwas über den Geisteszustand weiter Teile der engagierten Studentenschaft aussagt, käme man

zu folgendem Ergebnis: Orgon, Esoterik, Spiritualität, Selbsterfahrung - Mega in !!!  
Politik - out. Theoretische Reflexion von Politik - Mega out!!!

### Ein unvergessliches Erlebnis

Bevor ich darauf näher eingehe, muß ich mir noch einen Erfahrungsbericht von der Seele

schreiben, der allerdings ganz gut charakterisiert, worauf ich hinauswill. Ich muß mich, ganz psycho-esoterisch, von einem traumatischen Erlebnis befreien:

Mitte August, abends, in den Räumen des AStA. Eine Arbeitsgruppe trifft sich. Sie ist aus dem Workshop "freie Energie" der Sommeruni hervorgegangen. Etwa 15 Leute, darunter sowohl Studierende als auch einige Darmstädter Hardcore-Esoteriker treffen sich. Ich will mir die Sache mal ansehen. Man ist ja sensibel und tolerant, auch für abwegige Sachen.

Dann geht es los. Vorstellungsrunde der Teilnehmer. Einer berichtet, er sei mehrmals von seiner Mutter vor dem Haus gesehen worden, obwohl er im Bett war und schlief. Nach der Vorstellungsrunde führt der Referent und Initiator in das Thema ein. Er hat durchaus demagogische Fähigkeiten. Wir erfahren, daß es der Menschheit so schlecht geht, weil Energieverhältnisse durcheinander geraten sind. Nun ja. Die natürliche Ordnung wurde verletzt, schon vor langer Zeit, vor zigtausend Jahren habe bereits ein Atomkrieg auf der Erde stattgefunden. Es gibt weder Vergangenheit noch Zukunft, nur das Hier und Jetzt. Unser Weltbild ist komplett falsch. Der Referent regt die Gruppe an, "die Bibel, Teil fünf" zu schreiben und behauptet, Jesus war ein genialer Physiker. Religion und Physik seien ohnehin dasselbe; auf der Lichtwiese gäbe es Energiefelder, die die Wahrnehmung verändern, mal sieht man einen Hang steil abfallen, dann wieder flacher. Bestimmte haluzinogene Pilze machen dort von selbst auf sich aufmerksam; als der Referent beteuert, er sei über sie gestolpert, meinte eine anwesende (abwesende?) "Aurafotografin", die Pilze hätten eben mal "hallo" gesagt.

Ein ebenfalls anwesender Künstler belegt plausibel, daß 1 und 1 gleich 3 sind, in der kosmischen Mathematik; ein kurzes Streitgespräch mit dem Referenten entbrennt, der meint 1 und 1 seien durchaus 2. Die Gruppe könne, wenn sie "keine Machtspiele spielt", von Darmstadt aus die Welt retten. Eine Mischung aus gnadenloser Selbstüberschätzung und ein Brei unzähliger esoterischer und pseudophysikalischer Theorien wird prophetenhaft präsentiert.

Die ganze Offenbarung dauert etwa eine dreiviertel Stunde. Die Gemeinde der "freien Energie" sitzt wie eine Horde Schafe da und lauscht andächtig. Ich will gar nicht ausschließen, daß

auch einige Zuhörer nicht mit allem einverstanden sind. Doch der Vortrag bleibt unwidersprochen. Auch ich schwanke zwischen Rausrennen und Intervenieren. Noch nie habe ich soviel Müll in so kurzer Zeit gehört.

Ich entscheide mich für das Rausrennen, vielleicht ein Fehler. Ein Freund, der zu dem Treffen mitgekommen ist, begleitet mich. Wir sind fassungslos. Es kommt mir irreal vor, daß so viele junge, intelligente Leute, sich dieses Zeug reinziehen.

Ach ja: Orgon im Überlichtgeschwindigkeitsbereich ist schwarz. Deshalb sind unsere Pupillen es auch. So, so.

Im Pausengespräch schlägt mir von einem Teilnehmer die klassische esoterische Arroganz entgegen. Ich möchte niemanden verletzen, äußere ihm gegenüber vorsichtige Kritik. Daraufhin die Antwort: Du bist noch nicht so weit.

Wenn solche Veranstaltungen die Folge der Sommeruni sind, kann ich nur sagen: Laßt es. Das langweiligste und konservativste Seminar an der regulären Uni ist progressiver als diese Reproduktion von antiaufklärerischer Vulgärmythologie.

## Esoterik und Politik

Ich schwanke zwischen zwei Positionen – einerseits halte ich Dinge wie Religionsfreiheit, Freiraum für experimentelles Denken und unkonventionelle Herangehensweisen, die auch mal das überschreiten, was ältere mächtige Herren unter Wissenschaft verstehen, für ein wichtiges Gut.

Hinzu kommt: Wenn Leute sich darin gefallen, moderne Märchen zu produzieren – und das kann ja auch einen gewissen Lustgewinn mit sich bringen – kann sie in einer demokratischen Gesellschaft niemand daran hindern.

Das ist die eine Seite.

Die andere ist: Esoterik ist gefährlich, sie ist tendenziell demokratiefeindlich. Auch wenn wir es uns noch so wünschen: Es gibt keine "natürliche Ordnung" und es wird nie eine geben.

"Ordnungen" entstehen durch die soziale Praxis der Menschen und stehen als veränderbare ständig zur Debatte: Demokratie. Wenn Menschen im Sinne einer "natürlichen Ordnung"

Herrschaft ausüben, gibt es keine vernünftige, legitimierbare Begründung für diese Herrschaft und auch keine Kritik an ihr. Es ist dann einfach so, weil "von Natur aus". Genau da ist eine der Schnittstellen der Esoterik mit der politischen Rechten.

Daß nur esoterisch "Eingeweihte" bestimmte Dinge verstehen können und andere, die "noch nicht so weit" sind, eben nicht, setzt eine extrem autoritäre Struktur frei. Mit rationalen Argumenten ist dem nicht beizukommen, denn es geht ja um die "Erfahrung"; ein demokratischer Diskurs ist nicht mehr möglich.

## Gesellschaftliche Gründe und mögliche Folgen der Esoterik

Die Esoterik verspricht viel, sie ist verlockend. Sie ist zum Massenphänomen geworden, die Hälfte des Buchmarktes besteht aus esoterischer Literatur.

Die Entfremdung, welche unsere von Kapitalzwängen geprägte Gesellschaft produziert, glaubt der einzelne aufheben zu können, wenn nur die Energien richtig fließen. Es gibt immer eine absolute Antwort auf die vielen komplexen ökologischen und sozialen Probleme, mit denen wir uns konfrontiert sehen: Ein neues spirituelles Zeitalter. Die Esoterik verspricht Befreiung, Liebe, Harmonie.

Und vor allem das, was uns diese Gesellschaft nur selten bieten kann: Erlebnisse unmittelbarer Sinnlichkeit. Aber es ist eine Falle, eine diabolische Mischung von Irrationalität und Pseudowissenschaft.

In einer gesellschaftlichen Krisensituation kann eine derartige esoterische Ideologieproduktion umkippen. Sie kann der Nährboden sein für die allerschlimmsten politischen Bewegungen, die, wenn sie Macht erlangen, uns um Jahrhunderte zurückwerfen, in totalitäre, in postfeudale Gesellschaftsstrukturen, in denen jede vernünftige Debatte über gesellschaftliche Fragen verabschiedet wird.

Auch wenn das im Moment, und das muß deutlich gesagt werden, von vielen Esoterikern garnicht intendiert ist.

Trotzdem kann ich zum esoterischen Mythenbrei nur sagen: Lieber Kohl als Karma. Denn

gegenüber diesem reaktionären Schrott ist Helmut Kohl ein Linksextremer.

Es geht mir nicht darum, jedwede esoterische Praxis in die rechte Ecke zu stellen. Aber man muß wissen, daß es Parallelen gibt, daß in der modernen Gesellschaft mythologische Weltbilder immer eine politisch regressive Wirkung haben und zumindest die gesellschaftlich produzierte Ohnmacht durch die Annahme von Schicksalsmächten auf die Spitze treiben. Anstatt Strategien der realen Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse zu entwickeln, begeben sich die EsoterikerInnen in ein symbolisches Wahnsystem und fröhnen dem Egotrip der Selbstbefreiung. Es ist sicher anstrengender, sich theoretische Grundlagen der Gesellschaftskritik anzueignen und dann politisch zu handeln, als "in der Gruppe die kosmischen Energien fließen zu lassen". Aber es ist wirkungsvoller und letztendlich alternativlos.

**Ich wünsche mir eine Debatte, eine Debatte über dieses Thema von denen, die an der Sommeruni beteiligt waren, vom AStA und von allen Interessierten.**

Das Bedürfnis, daß die Esoterik anspricht ist richtig, der kritische Impuls auch. Die Realisierung ist allerdings eine Katastrophe.

## Das Vakuum der Linken

Vorbei sind also die Zeiten, als studentische Kreise, zumindest ihr aktiver Teil, als eher links eingestuft werden konnten. Der Trend in der Linken und der Alternativszene geht in Richtung Irrationalität und Desinteresse an politischem Handeln im klassischen Sinne. Die Esoterik versteht sich selbst ja durchaus als gesellschaftskritisches Phänomen. Daß sie soviel Anklang findet, ist nicht zuletzt einer Schwäche der Linken selbst anzulasten.

Die Schwäche der Linken bestand und besteht in einer Tendenz zur "Entpersonalisierung", einer Tendenz das Subjekt nicht ernst zu nehmen, über Kritik und Politik den Einzelnen zu vergessen. Der vereinseitigten technokratischen Rationalität, wie die Gesellschaft sie hervorbringt, hat die Linke nichts entgegenzusetzen, keine Utopie und keine ensthafte Auseinandersetzung mit den Grenzen und der entmenschlichenden Seite der

wissenschaftlichen Vernunft selbst. Dieses Vakuum kann die Esoterik ausfüllen. Es reicht also nicht, sich kritisch mit ihr auseinanderzusetzen, auch wenn das im Moment dringend notwendig ist.

Wir müssen eine neue studentische politische Kultur entwickeln, in der Reflexion, Utopie und politisches Handeln ineinandergreifen. Und nicht zuletzt praktische Solidarität, denn die ist immer noch das beste Mittel, um die Erfahrungen zu machen, daß es ganz anders sein könnte. Anders, aber nicht in einer anderen Dimension, sondern in unserer realen Welt.

### Das Entfremdungs- und Rationalitätsproblem

Fast alles, was wir tun, müssen wir über eine bestimmte Form der Rationalität vermitteln. Diese kommt in unserer Gesellschaft in Marktstrukturen zum Ausdruck, in Technologie und Bürokratie, aber auch in verregelten demokratischen und juristischen Verfahren. Diese gesellschaftliche Rationalität entfremdet uns von der Unmittelbarkeit einer spontanen Lebensführung. Die Subjekte begleitet ein Gefühl der "Kälte", bürokratisierte und technologische Großstrukturen schlagen in Fremdbestimmung um. Es kann aber nicht die Lösung sein, diese vergesellschafteten Formen menschlichen Zusammenlebens und ihre philosophischen Begründungszusammenhänge abzulehnen und sich in eine scheinbare Gegenwelt des Irrationalismus und der falschen Unmittelbarkeit zu stürzen, wie die Esoterik sie inszeniert. Das verstärkt die Krise, da es tendenziell zu Handlungsunfähigkeit führt und rationale, analytische Vermögen, die dringend gebraucht werden, erodiert und abwertet. Zugleich bereitet die Esoterik kulturell den Boden für antimoderne Weltbilder, die grundsätzlich zu Diskursen der politischen (und philosophischen) Rechten anschlussfähig sind. Auch hier steht Gemeinschaft gegen Gesellschaft, Unmittelbarkeit gegen Entfremdung, "Seele" gegen Vernunft, etc.

### Bildung als Alternative zu Esoterik und Technokratie

Weder das Interesse an Religionen, an Mythen, an traditionellen Gesellschaften oder an Grenzbereichen der Wissenschaft ist zu verurteilen. Eine fremde Religion oder einen historischen Mythos wirklich zu verstehen und deren kulturelle Bedeutung einzuschätzen, erfordert einen anstrengenden und langwierigen Aneignungsprozeß. In der Idee etwa der humanistischen Bildung, in der die altgriechische Mythologie eine wichtige Rolle spielt, wird auf den Bildungswert einer solchen Auseinandersetzung rekurriert.

Die Esoterik wird dem nicht gerecht. Sie nimmt sich Versatzstücke aus Wissenschaft und religiösen Systemen und produziert Klischees. Diese Herangehensweise ist das Gegenteil von Erkenntnis. Es bestätigt nur den Narzißmus der "Eingeweihten", an einem unglaublichen Geheimnis teilzuhaben. Eine Kompensation für die Bedeutungslosigkeit, die Austauschbarkeit, die der einzelne Mensch im ökonomischen Verwertungszusammenhang tagtäglich erfährt. Esoterik ist ein Reflex der Ohnmacht und der Hoffnungslosigkeit. Sie ist die zu sich selbst gekommene Halbbildung, die endgültige Zerfallsform des autonomen kritischen Geistes. Nach meiner Einschätzung liegt eine Perspektive weder im spirituellen Abheben der Esoterik noch in der vereinseitigten, im Grunde bildungsfeindlichen (politischen) Rationalität auch mancher Linker. Erst wenn Wissenschaft und Kultur nach ihrem sozialen Sinn befragt werden, nach ihrer Relevanz für die Rolle des Einzelnen in einer spezifischen gesellschaftlichen und historischen Situation, kann das Dilemma gelöst werden. Dies aber setzte eine grundlegende Reform unserer Bildungssysteme voraus. Aber warum eigentlich nicht?

Es wäre Schade, wenn noch mehr Studierende sich einer selbstorganisierten Gehirnerweichung wie der Esoterik hingeben. Denn es gibt viel zu tun. Ich fürchte nur, daß das überlichtschnelle Orgon uns wenig hilft. Denken müssen wir schon selbst. Vielleicht bricht dann auch ein Licht ein: Das Licht der Aufklärung.

# ÜBERWACHUNGSWAHN IN DARMSTADT

– VON REINHARD HEIL –

Wie sicher einigen aufgefallen ist, kümmert sich die Stadt Darmstadt, trotz leerer Kassen, vermehrt um ihre Bürger und Bürgerinnen. Sicherheit wird bekanntlich in Darmstadt grossgeschrieben. Diese Besorgnis der Stadt Darmstadt um ihre BürgerInnen und Bau- sowie Kulturdenkmäler führte wohl auch dazu, dass die Mathildenhöhe um eine weitere ästhetische Attraktion bereichert wurde. Eine wunderschöne 360 Grad Videoüberwachungsanlage in schlicht funktionalem Design. Zusätzlich zu dieser – wirklich unaufdringlichen – Anlage können sich die Besucherscharen auch noch über einen diskreten privaten Sicherheitsdienst freuen.

Grund für diese bürgernahen Massnahmen sind "eine nicht hinzunehmende Häufung mutwilliger Zerstörungen, Schmierereien und Verunreinigungen". Mit einem Wort: Vandalismus. Erschreckend. Dem Verfasser dieser Zeilen ist zwar während seiner häufigen Aufenthalte auf der Mathildenhöhe nie irgendetwas in dieser Richtung aufgefallen, aber man hat seine Augen schliesslich nicht überall. Die Stadt Darmstadt schon. Das lässt sie sich auch etwas kosten: "Durch Magistratsbeschluss vom 09.06.1999 sind ausserplanmässig 50.000,- DM bereitgestellt worden um die technischen Voraussetzungen für eine Überwachung auf der Mathildenhöhe zu realisieren." Nicht dass die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen etwas besonderers wäre, nein, sie ist bereits Normalität. Nicht nur in China, England und den USA, sondern auch in Deutschland. So gesehen holt die Stadt Darmstadt nur ein grosses Versäumnis nach und versucht Anschluss an den Rest der Nation zu finden. Man hat als "Wissenschaftsstadt" ja schliesslich einen Ruf zu verlieren. Und der mündige Bürger verlangt – wie uns spätestens seit Knechtels "Präventionsteam" bekannt sein sollte – nach Überwachung, ähnlich wie er nach Führerschaft lechzt. Da wagen es doch wirklich Jugendliche in nicht ordnungsgemässer Kleidung sich auf die Rasenanlage auf der Mathildenhöhe zu setzen, um dort dann gar noch alkoholische Getränke und – der Gipfel der Unverschämtheit – illegale Rauschmittel zu konsumieren. Im Angesicht eines, mit Christbaumschmuck dekoriertem – Bau- und Kulturdenkmals ist dies natürlich nicht zu verantworten.

Was macht man also? Kahlschlag. Weg mit dem ganzen Gesocks. Erstmal alles Gebüsch entfernen und die Wege verbreitern. Das macht die ganze Anlage gleich um einiges kälter und damit sicherer. Es stören jetzt allerdings immer noch die jugendlichen Einheimischen. Sicherheitskräfte und Kameras übernehmen das und voilà: Eine weitere öffentliche Anlage ist erfolgreich verodet.

Unklar ist, was mit dem aufgenommenen Filmmaterial passiert und wer überhaupt den Umgang mit diesem kontrolliert.

Auch die HEAG bzw. der RMV scheint sich Sorgen um eine Sekundärtugend zu machen: Pünktlichkeit. Die HEAG bedient sich dabei – dem Vorbild der Stadt folgend – ebenso formschöner, aber noch etwas unauffälligerer Überwachungskameras. Diese Kameras dienen laut HEAG dazu festzustellen, wann ein Anschluss komplett ist. Also alles zum besten der Kunden. Nie wieder soll einem gestressten Passagier die Bahn vor der Nase wegfahren. Auf den berühmten ersten Blick eine sinnvolle Einrichtung. Leider nur auf den ersten. Der parteilose Stadtverordnete Bastian Ripper richtete wie im Fall Mathildenhöhe, eine kleine Anfrage an den Magistrat. Problematisch an der Kameraüberwachung ist erstens, dass diese mit Weitwinkelobjektiven ausgerüstet sind und zweitens, dass es etwas seltsam anmutet, dass eine GmbH wie die HEAG öffentliche Räume überwachen darf. Es stellt sich die Frage, inwieweit sich mit diesen Kameras Demos und politische Stände auf dem Luisenplatz überwachen lassen. Auf Anfrage erklärte der Magistrat, dass die Kameras ihre Bilder lediglich in

die Leitstelle der HEAG auf die dortigen Monitore übermitteln und es zu keinerlei Aufzeichnungen kommt. "Durch Weitwinkel und Entfernung sind Personen nur anonym nicht aber als Einzelpersonen erkennbar. Beispielsweise, und dies mag als Orientierung dienen, können die Fahrzeugnummern an Straßenbahnen und Bussen auf den Monitoren nicht abgelesen werden." Da scheint ja alles gut zu sein. Doch da meldet sich die paranoide Ader unseres Autors und seine Kenntnisse in Sachen Bildbearbeitung. Als erstes stellt sich die Frage: Warum bitte überhaupt Kameras um festzustellen, wann ein Anschluss komplett ist. Um die Fahrzeuge zu überwachen, würden Statusgeber, wie sie z. B. beim Rettungsdienst erfolgreich eingesetzt werden, genügen. Sie würden vor allen Dingen eine wesentlich bessere Transparenz des Bus- und Schienenverkehrs ermöglichen. Verbunden mit einem mittlerweile erschwinglichen Satellitenpositionssystem, wäre die Transparenz komplett. Die Angaben der HEAG, durch die Überwachung der Haltestellen, rechtzeitig auf erhöhtes Fahrgastaufkommen reagieren zu können, erscheint doch als recht fadenscheinig. Die Stoszeiten im öffentlichen Nahverkehr sind ausreichend bekannt und trotzdem sind nicht genügend Fahrzeuge unterwegs. Stellt man mittels der Kameras fest: "Oh, es wird eng!" und schickt dann

weitere Fahrzeuge los, so kommen diese garantiert zu spät.

Dass man "auf den Monitoren" die Nummern der Bahnen nicht lesen kann: Schön und gut. Das ist jedem klar, der einmal auf einen Überwachungsmonitor gesehen hat. Dies liegt meistens an dem sehr kleinen Anzeigebereich des Schirms und weniger an der Qualität der Aufnahmen. Würde man die Daten der Kameras über einen Computer mit der richtigen Software leiten, würde sich ein ganz anderes "Bild" ergeben. Es geht mir nicht darum zu behaupten: Die HEAG bzw. die Stadt Darmstadt "wollen" die Plätze entsprechend überwachen, sondern lediglich darum, dass sie es "könnten", wenn sie es wollten. Wenn man zu all diesem jetzt noch den in Darmstadt grassierenden Sicherheitswahn hinzunimmt, so sehe ich mich doch gezwungen die erste Hälfte des vorigen Satzes wieder zurückzunehmen.

Die Zitate im obigen Text stammen aus den Antwortschreiben auf zwei kleine Anfragen an den Magistrat der Stadt – pardon, der Wissenschaftsstadt – Darmstadt des parteilosen Stadtverordneten Bastian Ripper, die dieser mir freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. Innerhalb des Stadtparlaments bildet er zusammen mit Michael Siebert und Erol Poloat die neue Fraktion OS/3 – Fraktion für eine Offene Stadt.

## MASSAKER IM ANKARAER GEFÄNGNIS FORDERT 12 TOTE

– INTERNATIONALE LISTE –

**Am 27. September 1999 sind bei einem Massaker im Ulucanlar Gefängnis von Ankara zwölf politische Häftlinge durch Sicherheitskräfte infolge eines Angriff mittels Schusswaffen ermordet worden. Die politischen Gefangenen weigerten sich zuvor, in andere Gefängnisse verlegt zu werden, wo auf sie die Isolationshaft gewartet hätte.**

Daraufhin haben landesweit in mehreren Gefängnissen Protestaktionen der politischen Gefangenen stattgefunden. Es wurden dabei Gefängniswärter festgenommen. Vor den Gefängnissen wurden in den darauffolgenden Tagen Protestaktionen der Familienangehörige durch Polizeieinsatz gewaltsam aufgelöst. Die-

sen Aktionen schlossen sich verschiedene demokratische Organisationen und vor allem der Menschenrechtsverein (IHD) an, gegen die auch teilweise gewaltsam vorgegangen wurde.

Dieses Massaker war nicht das erste seiner Art. Im 1996 starben allein 22 politische Gefangene durch Angriffe und Todesfasten. In türkischen

Gefängnissen sitzen zur Zeit mehr als 13.000 kurdische und türkische politische Gefangene. Die Probleme der Haftsituation der politischen Gefangenen reicht weit zurück und steht in direktem Zusammenhang mit der allgemeinen Gesellschaftsproblematik.

In den vergangenen Monaten wurde in der Öffentlichkeit heftig über ein Amnestiegesetz diskutiert, das nur nichtpolitische Häftlinge betreffen soll. Interessant erscheint deshalb der Zeitpunkt dieses Massakers, woraus wir ableiten

können, daß diese auf keinem Fall einbezogen werden sollen; denn diese Gefängnisse werden in der bürgerlichen Presse als die Zentrale und Bildungsort der "Terrororganisationen" diffamiert, womit der Angriff legitimiert wird. Genauso fällt es in einen Zeitraum, in dem der Beginn eines politischen Prozess in der kurdischen Frage möglich ist. Gewertet werden kann es in diesem Zusammenhang als eine Provokation derjenigen Kreise im Staat, die auf den Krieg beharren.

## WARUM AUS EINEM ERDBEBEN EIN MASSAKER WURDE!

– INTERNATIONALE LISTE –

Wie sich bestimmt alle noch erinnern, ereignete sich am 17. August in der östlichen Marmarameerregion der Türkei ein verheerendes, folgenreiches Erdbeben, bei dem besonders die Provinzen Izmit, Adapazari, Yalova und auch teilweise Istanbul, Bolu und Bursa in Mitleidenschaft gezogen wurden und infolgedessen zehntausende Menschen ihr Leben verloren. Das Beben war so heftig, so stark, daß in Izmit und Adapazari ganze Stadtteile ausradiert wurden.

Die meisten Todesopfer wurde in den "Gecekondu" (Slumviertel,) und unter den Trümmern von Gebäuden beklagt, die von Kooperativen "schnell und billig" hergestellt wurden. Diese Häuser entsprachen in keinsten Weise irgendwelchen Anforderungen, obwohl die große Erdbebengefahr in diesem Gebiet allgemein bekannt war; an allem wurde beim Bau gespart. Natürlich passierte dies mit "Kenntnis und Zusammenarbeit" der örtlichen staatlichen Behörden. Diese Tatsachen waren seit Jahren im Lande und in der Öffentlichkeit ein offenes Geheimnis.

Mindestens genauso entscheidend für die große Opferzahl waren die unkoordinierten, methodisch falschen und sehr spät angelaufenen Bergungsarbeiten des türkischen Staates, in den ersten beiden Tagen war die Bevölkerung total auf sich allein gestellt. Der Staat war mit all seinen Institutionen und Organisationsstrukturen unvorbereitet und ohnmächtig. Der einzige Ort, der gezielt schnelle und genügende Hilfe bekam, waren die Armeekasernen und teilweise die

Viertel der oberen Gesellschaftsklasse. Soldaten und Reiche werden mit Begräbnissen, die unteren Bevölkerungsschichten in Massengräber begraben.

Bei den Bergungsarbeiten waren praktisch kaum Soldaten beteiligt. Die Bevölkerung stellte sich die Frage, womit sich die zweitgrößte Armee der NATO beschäftigt, während zehntausende Menschen leidend unter den Trümmern liegen. Es wurde noch einmal deutlich, daß die türkische Armee mit hunderttausenden Soldaten ständig im Einsatz in Kurdistan ist; an einem Tag kann sie zehntausende Soldaten mobil machen.

Auffallend positiv war die weltweite Hilfe, vor allem Griechenlands, was dem von Zeit zu Zeit geschürten Chauvinismus durch den türkischen Staat gegenüber diesem Land langfristig entgegenwirkt.

Nun hausen nach so vielen Wochen immer noch hunderttausende Menschen in den Zeltstädten oder haben die Region in Richtung Heimatprovinz verlassen. Die Hilfsgüter kommen kaum bei den Menschen an. Vieles geht in die Taschen

der örtlichen Behörden. Die Hilfe von demokratischen Organisation wie des Menschenrechtsvereins (IHD), der Parteien EMEP, ÖDP oder der HADEP regierten kurdischen Städte, die vor allem den Bewohner (darunter viele Flüchtlinge des 15-jährigen schmutzigen Krieges in Kurdistan) der von jeglicher Hilfe ferngehaltenen Slums gedacht war, läßt der Staat kaum zu den Betroffenen durch. Die Zahl der Toten verschleierte der Staat ganz offensichtlich und gibt sie mit etwa 16.000 an, während viele Kreise von mindestens 40.000 Toten ausgehen. Die Staatsvertreter versuchen indessen die Schuld den Bauherren oder sogar "Allah" zuzuschieben. "Gegen eine Handlung Gottes soll man sich nicht auflehnen, sondern es akzeptieren".

Die ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen sind nicht innerhalb von Monaten oder sogar Jahren zu beheben. 20 Mrd. DM beträgt der Schaden, wenn dieser in Zahlen ausgedrückt werden kann, nach offiziellen Angaben. Dieses Erdbeben offenbarte uns das wahre Gesicht dieses Staatsgebildes und all seiner Strukturen. Vor uns steht ein maroder, korrupter,

verfallener (moralisch und ökonomisch) mafioser Staat namens "Türkische Republik". Es steht außer Frage, daß dieser Staat von der untersten bis zur höchsten Organisationsstruktur total verändert werden muß. Denn "Nichts wird mehr so sein wie früher". Es ist die Zeit gekommen, daß die Bevölkerung diesen Staat und dessen Regierung hinterfragt und umfassend kritisiert und nicht mehr als etwas Heiliges und Untastbares betrachtet. Viele Fragen müssen geklärt werden, so z.B. warum über 40% des Haushaltes dem Militär und Polizei zugeführt werden und was damit unternommen wird. Die besseren Vertreter der Bevölkerung Anatoliens sind die oppositionellen demokratischen, linken Kräfte, die jetzt in dieser Situation in das Tagesgeschehen – es haben in der Türkei in einem bisher noch nie dagewesenen Maße Diskussionen über eine Veränderung des Grundgesetzes von 1982 und Demokratisierung auf allen Ebenen begonnen – eingreifen müssen, denn nur sie können die Rolle des Garants für eine Veränderung der Gesellschaft einnehmen. Frieden und Demokratie kann nur so dauerhaft möglich sein.

## DIE SITUATION VON UNBEGLEITETEN, MINDERJÄHRIGEN FLÜCHTLINGEN IN DEUTSCHLAND

– VON KATJA SCHIKORRA –

**In den letzten 20 Jahren gelangten Tausende von Kinder und Jugendlichen ohne ihre Familien aus allen Teilen der Welt in die Bundesrepublik.**

**Die Gründe für ihre Flucht sind vielschichtig: Krieg, politische Repression, Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung von Minderheiten, unerträgliche Not und Perspektivlosigkeit, aber auch kinderspezifische Fluchtgründe wie z.B. zerrüttete familiäre und soziale Verhältnisse als Folge langjähriger Kriegs- und Krisensituation – in den letzten Jahren suchten vor allem Kinder und Jugendliche aus den langjährigen Kriegs- und Krisengebieten Afghanistan, Eritrea, Somalia, Iran und Sri Lanka Schutz in Deutschland – sowie Tod oder Verschwinden der Eltern.**

Viele von ihnen werden von Verwandten oder Bekannten mit der Hoffnung ins Flugzeug gesetzt, in Deutschland Sicherheit zu finden. Andere sind seit Jahren auf der Flucht, und ihr Weg führt sie durch mehrere Länder nach Deutsch-

land. Sie kommen häufig mit dem Ziel oder der vagen Vorstellung, in Deutschland bei Verwandten oder Bekannten Schutz zu finden und ein besseres Leben führen zu können.

Doch die Hoffnungen dieser sogenannten un-

begleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) werden in Deutschland schnell zerstört, denn was sie erwartet, ist eine asylverfahrens- oder ausländerrechtliche Prozedur, deren Sinn sie meist nicht verstehen und deren Ausgang ungewiß ist, die aber dennoch über ihr weiteres Schicksal entscheidet.

Seit Juni 1993 ist das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. Die Regelung der "sicheren Drittstaaten" und die der "sicheren Herkunftsstaaten", die Verkürzung der Verfahrensdauer - insbesondere im Flughafenverfahren - machen zum einen die Grenzen dicht und verhindern zum anderen für die wenigen, die noch hierher gelangen, ein menschenwürdiges und faires Verfahren. Auch die 1996 eingeführte Visumpflicht für Kinder aus der Türkei, Tunesien, Marokko und Jugoslawien hat für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gravierende negative Auswirkungen.

Die überwiegende Zahl der Kinder und Jugendlichen kommt im Zustand des Schocks, der Verzweiflung und des Stresses hierher. Sie leiden an dem Verlust der Eltern und der Heimat. Dieses Herausgerissensein aus allem Vertrauten wirkt auf sie traumatisierend.

### Die UN-Kinderrechtskonvention – Kein Recht für Flüchtlingskinder in Deutschland?

1989 wurde nach zehnjährigen Verhandlungen die sogenannte "Kinderrechtskonvention" der UNO (KRK) verabschiedet, die 1990 in Kraft getreten ist und später von der Bundesrepublik ratifiziert wurde. Die Kinderkonvention löste die Deklaration über die Rechte des Kindes von 1959 ab und beinhaltet konkrete Bestimmungen, aus denen sich ein tatsächlicher rechtlicher Anspruch für die Kinder und Jugendlichen ableiten läßt.

Die Bestimmungen gelten für alle Kinder, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (Artikel 1). Gem. Art. 3 Abs. 1 KRK ist bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, "das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist". Aus Artikel 6 Abs. 2 KRK folgt, daß die Vertragsstaaten "in größtmöglichen Umfang das Überleben und die Entwicklung der Kinder" gewährleisten müssen.

Eine spezielle Regelung für Flüchtlingskinder stellt Art. 22 KRK dar. Hiernach hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, "geeignete Maßnahmen [zu treffen], um sicherzustellen, daß ein Kind, das die Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt oder nach Maßgabe der anzuwendenden Regeln und Verfahren des Völkerrechts oder des innerstaatlichen Rechts als Flüchtling angesehen wird, angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung der Rechte erhält, die in diesem Übereinkommen oder in anderen internationalen Übereinkünften über Menschenrechte oder über humanitäre Fragen, denen die genannten Staaten als Vertragspartner angehören, festgelegt sind und zwar unabhängig davon, ob es sich in Begleitung seiner Eltern oder einer anderen Person befindet."

Die Regelungen der Kinderkonvention sind also sehr weitreichend, wobei die tatsächliche Hilfe wiederum von der Auslegung sowie dem Lebensstandard und der Leistungsfähigkeit des Vertragsstaates abhängig ist. So erfolgte seitens Deutschlands mit der Ratifizierung am 14. November 1991 auch gleichzeitig die Hinterlegung einer "völkerrechtlichen Erklärung zum Auslegungsvorbehalt":

"Nichts in dem Übereinkommen kann dahin ausgelegt werden, daß die widerrechtliche Einreise eines Ausländers in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder dessen widerrechtlicher Aufenthalt dort erlaubt ist; auch kann keine Bestimmung dahin ausgelegt werden, daß sie das Recht der Bundesrepublik Deutschland beschränkt, Gesetze und Verordnungen über die Einreise von Ausländern und die Bedingungen ihres Aufenthaltes zu erlassen oder Unterschiede zwischen Inländern und Ausländern zu machen." (Zitiert nach Petersen: Kinder auf der Flucht, Hamburg 1993, S. 28.)

Konkret bedeutet dies, daß die BRD denjenigen ausländischen Kindern, die ohne die erforderliche Aufenthaltsgenehmigung deutschen Boden betreten, die Rechte aus der Kinderkonvention vorenthalten möchte. Mit anderen Worten: Das deutsche Ausländer- und Asylrecht soll durch die Konvention nicht berührt werden, obwohl das restriktive deutsche Ausländer- und Asylrecht weit hinter den Maßgaben der Konvention zurückbleibt.

Mit dieser Vorbehaltserklärung und der derzeitigen Praxis steht Deutschland in einem klaren

Widerspruch zu dem Anliegen der Kinderrechtskonvention.

Seit der Ratifizierung der KRK durch die Bundesregierung hat sich die Lage der UMF durch die Verschärfung des Asylrechts und der Änderungen des Grundgesetzes weiter verschlechtert. In Deutschland gilt damit nicht das Kindeswohl als vorrangig, sondern das restriktive Ausländer- und Asylrecht.

### **16 bis 18-Jährige werden wie Erwachsene behandelt**

Im Gegensatz zur KRK, nach der alle unter 18-Jährigen als Minderjährige anzusehen sind und einen besonderen Schutz genießen, bestimmt das deutsche Asylverfahrensgesetz, daß alle Flüchtlinge ab 16 Jahren "asylmündig" sind. Für sie werden damit meist keine Vormünder bestellt, sie müssen demnach das Asylverfahren ohne juristische Betreuung führen.

### **Keine Rücksichtnahme auf Kinder im Asylverfahren**

Für UMF gelten, genau wie für erwachsene Flüchtlinge, die Drittstaatenregelung, die Regelungen der sicheren Herkunftsländer und das Flughafenverfahren. So können auch minderjährige Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen werden, wenn sie aus einem für sicher erklärten Drittstaat einreisen wollen. Darunter fällt in der Praxis auch die Zwischenlandung mit einem Flugzeug in einem Nachbarland. § 68 Abs. 2 AuslG stellt ausdrücklich fest, daß die mangelnde Handlungsfähigkeit des Minderjährigen einer Zurückweisung oder Zurückweisung nicht entgegensteht. Dabei wird keine Rücksicht auf das Alter der Flüchtlinge genommen. Zumeist erfahren die Jugendämter überhaupt nicht oder erst im nachhinein, daß es zu Rückführungen von Kindern und Jugendlichen gekommen ist. In Gesprächen mit Personen von Jugendämtern, Erstaufnahmeeinrichtungen etc. wurde von vielen Rückführungen berichtet. Statt von Abschiebung wird von Rückführung gesprochen, da die Flüchtlinge noch nicht eingereist sind und damit auch nicht abgeschoben werden können.

So berichtete Frau Gießen von der Erstaufnahmeeinrichtung in Unterliederbach von einem Vater, der seine Kinder am Flughafen abholen wollte:

"Er wollte seine vier- und fünfjährigen Kinder am Flughafen abholen und hat sie auch im Transitbereich vorbeilaufen sehen. Sie sind aber wieder in einem Flugzeug nach Südafrika geschickt worden - sicheres Drittland.

Wir haben damals angeboten, daß wir Presse und Organisationen einschalten. Da hat uns allerdings der Vater darum gebeten, das nicht zu tun, da er die Einreise seiner Kinder nicht gefährden wollte. Er hat sie dann auf einem anderen Weg Wochen und Monate später bekommen [...] Sie gelten ja als nicht eingereist. Das ist das Problem" (vgl. Interview mit Frau Gießen am 30.4.1999).

Nach §18a und § 29a AsylVfG haben auch minderjährige Asylbewerber, die aus einem sicheren Herkunftsland oder ohne Paß über einen Flughafen einreisen wollen bereits im Transitbereich ein Asylschnellverfahren zu absolvieren. Durch einen Erlaß des Bundesinnenministeriums vom 6. Juli 1994 wird dieses Verfahren auch auf Minderjährige unter 16 Jahren angewendet. Dabei laufe die Entscheidungsfrist für das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge erst ab Bestellung eines Pflegers, mit der Folge, daß der durch § 18a AsylVfG auf höchstens 10 Tage begrenzte Zwangsaufenthalt im Transitbereich für Minderjährige bis 16 Jahren entsprechend verlängert wird.

Minderjährige unter 16 Jahren können jedoch rechtswirksam weder das in § 18 AsylVfG vorausgesetzte Asylgesuch stellen noch sich entsprechend § 68 Abs. 5 AuslG auf Abschiebungshindernisse berufen. Im Gesetz ist auch nicht vorgeschrieben, daß darauf geachtet werden muß, daß eine kind- und jugendrechtliche Inobhutnahme gewährleistet ist.

### **Umstrittene Altersbestimmung**

Bei Minderjährigen, die weder einen Paß noch einen Identitätsnachweis besitzen, ist häufig die Frage des Alters ungeklärt. Unterbringung und Handlungsfähigkeit von jugendlichen Flüchtlingen hängen jedoch u.a. vom Alter ab, wichtigste Grenze ist die Vollendung des 16. Lebensjahres.

Wenn keine unbestrittenen Identitätspapiere vorhanden sind, wird bei UMF oft eine behördliche Altersbestimmung durchgeführt und damit gegebenenfalls die Altersangaben der Betroffenen korrigiert.

Die Methoden, mit welchen die Behörden versuchen das Alter der Kinder und Jugendlichen zu bestimmen, sind umstritten. Die Methode des Handwurzelröntgens wurde am Frankfurter Flughafen und in einigen Bundesländern weitgehend eingestellt, nachdem ein Gutachten von Pro Asyl und dem Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte diese Praxis als rechtswidrig und gesundheitsgefährdend nachwies. Das Grundsatzurteil des BGH vom 3. Dezember 1997 stellt fest, daß Zwangsröntgen dem Tatbestand der gefährlichen Körperverletzung im Sinne des § 223 StGB erfüllt.

Bundesgrenzschutz, Polizei und Ausländerbehörden sind dazu übergegangen, eine Altersfeststellung nach bloßer "Inaugenscheinnahme" vorzunehmen, obwohl sie dazu weder geschult noch von ihrer Aufgabenstellung her geeignet sind (vgl. Interview mit Frau Wollenweber am 28.5.1999).

Es liegt nicht am Jugendamt die Beweise dafür zu liefern, daß der Jugendliche tatsächlich älter ist, als er erklärt zu sein, sondern der Jugendliche muß nun die Beweise dafür liefern, daß seine Aussage bezüglich des Alters der Wahrheit entspricht.

"Bund und Länder haben sich daher bereits im Jahre 1993 [...] darauf verständigt, daß bei offenkundigen Zweifeln an der Richtigkeit einer Altersangabe von unter 16 Jahren der Ausländer die Beweislast dafür trägt, daß er tatsächlich unter 16 Jahre alt ist. Ihm wird anheimgestellt, die Richtigkeit seiner Angaben durch geeignete Dokumente oder ggf. durch eine medizinische Untersuchung nachzuweisen. Bis zum Nachweis [...] wird der weiteren Bearbeitung seines Asylersuchens ein fiktives Geburtsdatum zugrunde gelegt, wonach er mindestens 16 Jahre alt ist" (Deutscher Bundestag 1995, S. 2).

Auf welche Art und Weise dies geschehen soll ist allerdings unklar, denn die minderjährigen Flüchtlinge besitzen zumeist keine Papiere.

## Abschiebung und Abschiebehaft

Die meisten der Kinder und Jugendlichen haben keine Chancen längerfristig in der Bundesrepublik zu bleiben. In der Regel werden nur zwischen einem und fünf Prozent anerkannt, die anderen müssen, sobald sich die Situation im Heimatland verbessert, hat ausreisen. Abschiebungen gibt es somit wie bei erwachsenen Flüchtlingen auch ebenso bei der Gruppe der UMF. Zumeist geschehen diese Abschiebungen in einer Nacht- und Nebelaktion. Die Kinder werden aus der Jugendhilfeeinrichtung abgeholt und direkt zum Flughafen gebracht. Bis die Betreuer der Einrichtung den zuständigen Anwalt informieren können, sitzen diese Kinder und Jugendlichen meist schon in der Maschine, die sie zurück in ihr Herkunftsland bringen soll (vgl. Interview mit Herrn Farman am 27.5.1999).

Immer wieder kommt es vor, daß Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren, denen der Aufenthalt in der Bundesrepublik aufgrund des Asyl- und Ausländerrechts verweigert wird, in Abschiebungshaft genommen werden. Diese Praxis, und auch die nicht kindgerechte Unterbringung von Minderjährigen unter haftähnlichen Bedingungen während des Flughafenverfahrens, verstößt gegen das Gebot des besonderen Schutzes, welches freiheitsentziehende Maßnahmen vom Prinzip her ausschließt.

## Illegalität

Viele der UMF tauchen unter. Nach Schätzungen verlassen 10% der Betreuten die Einrichtungen der Jugendhilfe ohne Papiere. (Hoffmann-Schiller (1999): Illegalität. In: Woge e.V./ Institut für soziale Arbeit: Handbuch der Sozialen Arbeit mit Kinderflüchtlingen, Münster, S. 313). Hinzu kommen Kinder und Jugendliche, die nie beim Jugendamt gemeldet worden sind und somit nie Jugendhilfe bezogen haben.

Viele tauchen ab, da sie Angst davor haben in ihr Herkunftsland zurückkehren zu müssen, abgeschoben zu werden.

Die Situation der illegal hier lebenden Kinder und Jugendlichen ist verheerend. Sie bekommen aufgrund ihres illegalen Status keine Jugendhilfe. "Erziehungshilfe steht demnach zunächst Flüchtlingskindern und -jugendlichen offen, die

aktenkundig werden, sich angemeldet und sich staatlichen Institutionen anvertrauen" (ebd. S. 314). So kann ebenfalls das KJHG vom Asylrecht ausgehebelt werden. "Die auf Dauer angelegten und zum Teil über Jahre gewachsenen Erziehungshilfeprozesse mit dem Ziel der gesellschaftlichen Eingliederung werden still und leise gemäß aufenthaltsbeendigender Maßnahmen (Abschiebung) eingestellt, wenn alle Rechtsmittel ausgeschöpft sind" (ebd. S. 315).

### Keine kindgerechte Unterbringung

Die rechtliche Situation beeinflusst die soziale Situation beträchtlich. Dies spiegelt sich in der Art der Unterbringung wider. Die sogenannte "asylmündigen" Minderjährigen zwischen 16 und 18 Jahren sind in der Regel verpflichtet, in einer Gemeinschaftsunterkunft mit erwachsenen Asylsuchenden zu wohnen. Die Bedingungen dort entsprechen jedoch in der Regel nicht einer kind- und jugendgerechten Entwicklung. Sie erhalten meist keine psychosoziale Betreuung. Auch auf die besondere Schutzbedürftigkeit insbesondere junger Mädchen vor sexuellen Belästigungen und Übergriffen wird in der Regel nicht geachtet.

### Beschränkung der Schul- und Berufsausbildung

Für als Flüchtlinge anerkannte Kinder besteht generell in Deutschland die 9-jährige Schulpflicht. In Hinblick auf Kinder, die sich noch im Asylverfahren befinden, gilt dies jedoch nur in einigen Bundesländern (vgl. Leckebusch, U. (1990): Schulpflicht für Kinder von Asylbewerbern. In: ZDWF 1990, S. 25). Es liegt demnach meistens an den Vormündern und Betreuern den Schulbesuch gegenüber den Behörden durchzusetzen.

Während die schulische Ausbildung jedoch weitgehend gesichert ist, gab es vor allem Verschärfungen im Bereich der beruflichen Ausbildung. Nach einem von der Bundesanstalt für Arbeit im Mai 1997 erlassenen Anweisung wird Asylbewerbern und geduldeten Ausländern, die

nach dem 15. Mai in die Bundesrepublik eingereist sind, die Arbeiterlaubnis verweigert (vgl. Schreiben vom Bundesverband Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge e.V. an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Riester im Mai 1999).

Dies hat weitreichende Folgen für die Zukunft der jugendlichen Migranten. Kinder und Jugendliche benötigen für ihre Entwicklung Perspektiven und Hoffnungen, gerade weil sie diese nach dem Verlust der Eltern und der Heimat zum großen Teil verloren haben. Durch die oben genannte Anweisung werden die Grundrechte der in der Bundesrepublik lebenden jungen Flüchtlinge ad absurdum geführt. Sie können zwar meist an der schulischen Ausbildung teilhaben, der Weg in eine berufliche Ausbildung und Arbeitsaufnahme wird ihnen jedoch versperrt. Dies steht im Widerspruch zu der KRK.

### Kinderrechte nicht für alle

Der Trend der deutschen Flüchtlingspolitik geht dahin, sich immer mehr gegen Flüchtlinge auszugrenzen. Die Kontrollen an Grenzen werden verstärkt, für Flüchtlinge wird es immer schwieriger in die Bundesrepublik zu gelangen. Mit der Politik der Abschottung sind jedoch die Ursachen, die diese Menschen zur Flucht treiben nicht beseitigt. Es wird lediglich versucht, diese zu ignorieren, zu verdrängen, auszulagern.

Die Situation für die Menschen, die es dennoch schaffen trotz aller Barrieren in die Bundesrepublik zu kommen, verschlechtern sich zunehmend. Insbesondere für die Gruppe der UMF ist sie verheerend. Sie haben mit dem Verlust der Eltern, mit den traumatischen Erlebnissen auf der Flucht und den Erfahrungen im Exil zu kämpfen. Zusätzlich werden sie durch ihren unsicheren Aufenthaltsstatus vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und bekommen als "Fremde" kaum neue soziale Freiräume, durch die sie sich weiterentwickeln können. Um mit Hannah Arendt zu sprechen liegt das Problem der UMF weniger in dem "Verlust der Heimat", wohl aber in der Unmöglichkeit eine neue zu finden (vgl. Arendt (1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt).

## AUTONOMIE STATT DEMOKRATIE QUO VADIS, TU DARMSTADT?

Unsere Uni wird eine **Modellhochschule!**

...?

Naja, CDU und FDP schreiben in ihrem Koalitionsvertrag „Hessen handelt. Chancen nutzen - Zukunft gewinnen“ im Kapitel „Hochschulen und Wissenschaft“ unter der Überschrift „Modellhochschule“ folgendes:

„Die zukünftige Hessische Landesregierung realisiert gemeinsam mit der Technischen Universität Darmstadt einen Modellversuch, der darauf abzielt, die Hochschulen hinsichtlich ihrer Selbständigkeit zu stärken. Dieser Modellversuch, der zunächst auf einen Zeitraum von vier Jahren angelegt ist, soll in klar definierten Schritten die weitreichende Autonomie bei klar definiertem Leistungsumfang umsetzen, um zu einer optimierten Ressourcenausnutzung zu kommen. Forschung und Lehre als zentrale Aspekte universitärer Bildung können und sollen in der Verantwortung der Hochschulen gefördert und weiterentwickelt werden. Damit stellt sich die Hessische Landesregierung zusammen mit der TU Darmstadt den aktuellen Herausforderungen und versucht, durch einen deutschlandweit einmaligen Modellversuch neue Wege zu gehen.“

*Ja ... und? Was soll das heißen?*

Hmm, so genau weiß das keiner. Nun, wahrscheinlich der Roland Koch oder die Ruth Wagner. Aber als PolitikerInnen dürfen sie es bestimmt nicht verraten. Vielleicht auch unser Präsident, der Herr Wörner. Aber der sagt, es weiß es auch nicht so genau, aber er sammelt Vorschläge, was es denn heißen könnte.

Gut, was haben wir da? Mit dem Programmbudget bekommt die Uni mehr Selbständigkeit in Sachen Geld. Das Projekt läuft ja schon seit Jahren an und ist nicht mehr gerade neu. Wo

könnte denn die Uni noch selbständiger, noch autonomer vom Land bzw. vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst werden?

Ein Beispiel wird da öfter genannt. Berufungen. Dann setzen sich wie bisher ein paar Professoren (Gibt's da auch Frauen? Nicht viele, oder?) des Fachbereichs zusammen und suchen jemanden aus, der Prof hier werden will. Dann sagen die anderen Profs des Fachbereichs: Gute Auswahl. Und dann sagen noch einige Profs aus anderen Fachbereichen im Senat: Gut gemacht. Manchmal sagen die das auch nicht, weil das Verfahren irgendwie komisch lief oder der Kandidat doch nicht unbedingt der Kegelbruder des Dekans sein muss und weil dann nämlich das Ministerium (das blöde!) dumm rummeckert. Aber das fiele dann ja weg! Hervorragend, dann muss man auf so Bedenken ja gar keinen Wert mehr legen. Autonomie auch der Fachbereiche! Den soll man ja nicht reinregieren. Wo kommen wir denn da hin! Die wissen doch am besten, mit wem sie kegeln wollen. Und wenn sie ganz, ganz lieb haben.

*Aber muss das so sein?*

„Keine Autonomie ohne Demokratie!“. Das war während der Diskussion des neuen Hessischen Hochschulgesetzes der Hauptslogan der hessischen ASten. Von demokratisch zusammengesetzten Gremien könnte man ja glauben, dass sie eigenverantwortlich handeln und entscheiden können. Warum man das von Gremien mit absoluter Professorenmehrheit nicht erwarten kann? Da denken wir mal kurz an die Professoren, die wir so kennen, und wie sie so zu Besitzstandswahrung eingestellt sind. Oder was sie von Innovationen halten. Oder wie gerne sie mit ihren Kollegen über ihre Tätigkeit und Lehre und Studium und so reden. Dann wissen wir es, oder?

*Naja ... Ja.*

Und Berufungen ist genau eins der besten Beispiele dafür, womit ich die Professoren nie allein spielen lassen will. Dafür ist es doch zu wichtig. *Aber halt! Wenn wir doch jetzt Modellhochschule für Autonomie sind, dann können wir doch fordern, dass wir auch unsere Gremien so besetzen, wie wir wollen. Und zwar demokratisch!*

Klasse Idee. Das finden aber die Hälfte der Profs (die „Leistungsfähigen“) gar nicht. Demokratie in der Hochschule muss ja nun wirklich nicht sein. Das haben wir mal wieder letztens im Konvent erlebt (Grundordnungsdiskussion - das namentliche Abstimmungsergebnis 'Demokratie ja-nein' gibt es bald auf der AStA-Homepage). Und viele andere fanden Demokratie theoretisch ganz gut, aber sie richtig einfordern von der Landesregierung? Lieber nicht. Mit dem Vorschlag standen einige Studis recht alleine. Jetzt gibt es eine „Liebe Regierung, bitte, bitte“-Resolution, die irgendwo rumliegt bis zur Vergessenheit (Ooops, schon passiert ...).

*Aber gerade die Grundordnung sollte doch unsere Autonomiefähigkeit beweisen, oder nicht? Das hat doch unser Präsident Wörner immer gesagt ...*

Ja, aber so doch nicht. Sagt er auch. Dabei müsste er doch am besten wissen, dass die TU so, wie sie im Moment ist, kein Stück autonomiefähig ist. Er muss ja jede StAIII-Sitzung (Ständiger Ausschuss für Haushalt und Hochschulentwicklung) leiten. Und da z.B. merkt man schon: Diese Profs sind da nicht so das Wahre. Schon gar nicht so viele. Aber vielleicht merkt er es auch nicht. Er ist ja schliesslich auch

einer.

*Das klingt jetzt aber alles ziemlich destruktiv und verbittert. Du.*

Oh, sorry. Ich habe auch noch Vorschläge für Sachen, wo ich vom Gängelband des Landes weg will. Zum Beispiel Staatsexamensprüfungen für Lehramtsstudierende. Das macht nicht soviel Sinn, dass die Uni hier das Lehramtsstudium nach ihren Gepflogenheiten regelt und dann das Land da am Ende eine Prüfung nach seinem Gutdünken draufsetzt und das nicht so richtig (oder überhaupt?) zusammenpasst. Also, auch für LehramtlerInnen eine Abschlussprüfung der TU wie bei den MagisterInnen und DiplomerInnen!

Eigentlich gilt das für alle Studienangelegenheiten. Warum soll das Ministerium die Studienordnungen genehmigen und Auflagen machen und so? Wir vor Ort wissen doch besser, wie man hier gut studieren kann. Okay, auch hier wieder die Einschränkung: Profs, MitarbeiterInnen und Studierende gleichberechtigt und gemeinsam. Weil ...

*Okay, okay. Das ist mir an dieser Stelle schon klar.*

Na also. Und was ist mit eigenen Vorschlägen für Autonomie- und Demokratieprojekte? Alle Ideen willkommen. Mail an [hopo@asta.tu-darmstadt.de](mailto:hopo@asta.tu-darmstadt.de) und an [praesident@pvw.tu-darmstadt.de](mailto:praesident@pvw.tu-darmstadt.de). Danke.

*Bitte ...*

Thilo und Thilo

## Impressum

Herausgeber: AStA der Technischen Universität Darmstadt

Redaktion: Michael Enderlein (V.i.S.d.P.), Reinhard Heil

Anschrift: Hochschulstr. 1, 64289 Darmstadt

E-Mail: [rheil@hrzpub.tu-darmstadt.de](mailto:rheil@hrzpub.tu-darmstadt.de)

Druck: AStA-Druckerei

Auflage: 2500

Die **zoon politikon** ist das Zentralorgan des AStA der TUD. Die Zeitschrift steht den Studierenden der TUD für Beiträge offen, Kürzungen behalten wir uns vor.

Artikel mit sexistischen, rassistischen oder faschistischen Inhalten finden keine Aufnahme. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## BEHINDERT STUDIEREN?

– VON JUTTA VOM HOFE –

Behinderte und chronisch kranke Studierende sollen an deutschen Universitäten die gleichen Chancen haben wie ihre nicht behinderten Kommilitonen. Das ist der Anspruch der Politik. Um das zu gewährleisten, will sie "alle Anstrengungen unternehmen", so eines der Versprechen der alten Bundesregierung. In der Wirklichkeit ist von diesen Bemühungen an den Hochschulen oft nicht viel zu spüren. Sichtbare und unsichtbare Barrieren versperren vielen Studentinnen und Studenten mit einer Behinderung den Weg zum Studium oder den Alltag auf dem Campus. Aber es gibt auch positive Beispiele und Fortschritte.

### Nicht hörend, nicht sehend, nicht gehend.

#### Testfall Universität Bonn: Über den Campus mit drei behinderten Studierenden

Cafeteria der Universität Bonn punkt 12.00 Uhr: Bis zu der großen, hellen Halle mit den hohen, bis auf den Boden reichenden Sprossenfenstern, den beeindruckenden Säulen und den kompliziert zu bedienenden Kaffeeautomaten muß die Besucherin etwa zehn Stufen nehmen. Nicht viel in diesem weitläufigen, mehr als 200 Jahre alten Bau; aber unüberwindlich für jemanden, der im Rollstuhl sitzt. Deshalb kommt Henny Linke übers Kopfsteinpflaster am Seiteneingang in die Cafeteria gefahren. Die 38jährige lebhaftere Frau mit dem kurzen dunkelroten Haar studiert Evangelische Theologie. Der Zivildienstleistende, der sie normalerweise immer begleitet, macht Pause, wir dagegen machen uns auf den Weg ins Theologische Seminar.

Über den Wandelgang im Innenhof geht es in den theologischen Gebäudetrakt. An diesem Eingang gibt es kein Problem: Neben den Stufen führt eine Rampe hinein und eine Metalltafel mit einem Türöffner ist an der Wand angebracht. Der Schalter hängt nicht nur in der richtigen Höhe, sondern ist auch weit genug von Tür und Hauswand entfernt, so daß er von Rollstuhlfahrern gut angefahren werden kann. Weil

die Studentin ihre Arme nicht bewegen kann, nimmt sie einen Zeigestock, der an der Armlehne ihres Rollstuhls steckt, in den Mund, tippt damit leicht auf den Öffner und die Tür geht auf.

Am Aufzug dann das erste Problem: Dieser ist so winzig, daß der Elektro-Rollstuhl nicht hineinpaßt. Mit ihrem Schiebe-Rollstuhl würde es zwar klappen, doch, wenn sie diesen benutzt, ist sie bei der Weiterfahrt ständig auf Hilfe angewiesen. Also nimmt Henny Linke lieber den Umweg über die Seminare der Germanisten und der Katholischen Theologen. Dafür muß die 38jährige eine Viertelstunde mehr einplanen. Die Fahrt geht über etliche Gänge, an Glaskästen mit Pförtnern vorbei, die Taschen kontrollieren, durch Flure mit Karteikästen und Büchern und Türen mit Sicherheitsschlössern, für die Frau Linke einen eigenen Schlüssel besitzt. "Das ist umständlich, aber alles eine Frage der Planung", sagt die Rollstuhlfahrerin. Probleme, die sie ihr Leben lang kennt und mit denen sie umgehen kann.

Mehr Mühe hatte sie lange Zeit mit den Vorlesungen. Um die Vorträge der Professoren und Dozenten fürs eigene Wissensreservoir zu konservieren, heißt es für Studenten und Studentinnen: Mitschreiben. Weil Henny Linke nicht mit der Hand schreiben kann, hat sie verschiedene Möglichkeiten ausprobiert. Nach Versuchen mit Kassettenmitschnitten und Mitschriften von anderen protokolliert sie die Vorlesungen und Seminare heute selber.

## Individuelle Kurzschrift

Sie nimmt einen Kugelschreiber in den Mund, fährt ihr Schreibbrett auf die richtige Höhe und macht so ihre Aufzeichnungen. Dank einer Mischung aus Stenographie und individueller Kurzschrift kommt sie damit gut zurecht. Den Zivildienstleistenden braucht sie nun während der Vorlesungen nicht mehr.

Eine Zeitlang habe sie die Zivildienstleistenden mehr in Anspruch genommen. Das mache sie jetzt ganz bewußt nicht mehr. "Dadurch muß ich jetzt wieder andere mehr um Hilfe bitten und zum Beispiel fragen, ob ein Mitstudent mir mal ein neues Blatt auf meine Schreibunterlage legt", sagt Henny Linke. "Ich hatte das Fragen nämlich schon fast verlernt und Hemmungen bekommen." Sie brauche aber eben oft Unterstützung und wolle auch selbstverständlich damit umgehen können; außerdem ergäben sich dadurch immer wieder Kontakte zu Kommilitonen.

Auch beim Eintippen in den Computer zu Hause sei sie nicht mehr auf "ihren Zivi" angewiesen, da sie dank zähen Übens mittlerweile mit dem Mund schneller schreibe als mancher mit zehn Fingern. Hinzu kommt, daß die Bonnerin seit kurzem einen Sprachcomputer habe, für dessen Kostenübernahme sie lange gekämpft habe und der ihr das Studium wesentlich erleichtere.

Ankunft im zweiten Stock im Evangelischen Theologischen Seminar. Die Bibliothekarin begrüßt Henny Linke freundlich und fragt, was sie brauche. Heute nur das neue Vorlesungsverzeichnis. Sonst sucht die Universitätsangestellte immer die Bücher für die Studentin heraus. "Das klappt gut", sagt Frau Linke. Was ihr aber fehle und wofür die Universitätsverwaltung trotz Anfragen nicht gesorgt habe, sei ein Ruheraum. Sie und auch andere behinderte Studenten könnten häufig nicht viele Stunden hintereinander sitzen; sie müsse sich zwischendurch hinlegen. Daher muß Henny Linke jeden Mittag nach Hause fahren, um sich eine Weile auszuruhen.

"Doch insgesamt komme ich hier an der Bonner Universität gut zurecht", sagt die 38jährige. "Bonn ist mühsam, aber ich bin gerne

hier, schon wegen der Atmosphäre in den alten Gemäuern", sagt Henny Linke. Eine "superbehindertengerechte neue Schwerpunktuni", an der nur behinderte Studierende oder nur Studenten mit einer bestimmten Behinderung sind und wie es sie in den USA gebe, möchte sie selbst nicht besuchen. Da mache sie lieber Kompromisse und sei dafür auch mit nicht behinderten Studenten oder Kommilitonen mit anderen Behinderungen zusammen, "auch wenn's länger dauert, irgendwo hinzukommen".

## Methode: "Versuch und Irrtum"

Christian Kappler ertastet sich mit einem langem weißen Stock seinen Weg durch die Bonner Universität. Der blinde, junge Mann studiert Kommunikationsforschung und Phonetik. Er findet sich zwar allein in den Gebäuden zurecht, doch gibt es viele unnötige Hürden zu überwinden. Eine große Hilfe für den 25jährigen wären zum Beispiel Ansagen in den Aufzügen mit der Information, in welchem Stockwerk man sich befindet. Wenn er sich noch nicht gut auskennt und nicht auswendig weiß, auf welchen Knopf er in welchem Aufzug drücken muß, bleibt nur die Methode "Versuch und Irrtum", Mitfahrer fragen oder aussteigen und herausfinden, wo er sich befindet. Auch Wegweiser mit Brailleschrift fehlen bisher an der Bonner Universität, so daß die Orientierung sehgeschädigten und blinden Studenten insgesamt schwerfällt. Kappler: "Ich muß häufig Kommilitonen ansprechen, was umständlich ist und zeitraubend."

Doch hier soll etwas geschehen. Die Universitätsverwaltung will auf Initiative der Interessengemeinschaft Handicap, in der Christian Kappler und auch Henny Linke mitarbeiten, bald Türschilder mit Brailleschrift für die blinden Studenten und zusätzlich mit Großschrift für die Studenten mit eingeschränkter Sehfähigkeit anschaffen. Eine weitere Forderung der IG Handicap ist bereits verwirklicht: Die Uni hat zwei Computerarbeitsplätze für sehbehinderte Studenten angeschafft mit Großbildschirm, Sprachausgabe, einer Braillezeile und einem Scanner, der Texte direkt in den Computer einlesen kann.

Für Studenten mit einer Restsehfähigkeit gibt es – ebenfalls auf Initiative der Interessengemeinschaft behinderter Studierender – seit kurzem schwarze Lichtschalter, die sich von den weißen Wänden der Gebäude stärker absetzen und deshalb viel besser wahrgenommen werden können.

In den Vorlesungen macht den sehbehinderten Studenten der häufige Einsatz von optischen Medien zu schaffen. Folien, Dias und Tafeln schließen Menschen, die nicht oder wenig sehen können, aus. Manchmal sind es auch ganz einfache Dinge, die den Studienalltag erschweren. "Wenn ich mich in der Vorlesung melde, sehe ich nicht, wenn der Dozent mir zunickt oder auf mich zeigt", sagt Christian Kappler.

Probleme mit den Vorlesungen kennt auch der 23jährige Wulf Randhahn. Er ist, so der Student selbst, "blind im Sinne des Gesetzes"; er verfügt aber über eine Restsehfähigkeit. "Wenn bei uns in den Vorlesungen das große Blättern beginnt, dann bin ich regelmäßig aufgeschmissen."

## Erstaunt und ein bißchen hilflos

Der Grund: In den Jura-Vorlesungen stellen die Professoren Fragen, die erst nach einem Blick in den Gesetzestext gelöst werden können. Damit Randhahn sich an den Fallösungen beteiligen kann, muß er den Professor erst bitten, den jeweiligen Text vorzulesen. Um solche Probleme zu vermeiden, stellen die beiden Studenten sich den Professoren und Dozenten zu Beginn des Semesters vor und machen auf ihre Situation aufmerksam.

"Die meisten reagieren zwar sehr nett, sind aber erstaunt und ein bißchen hilflos, wenn sie mit uns behinderten Studenten konfrontiert werden", sagt Kappler. "Was dringend fehlt, sind Informationen an der Uni, daß es uns überhaupt gibt." Das wesentliche Anliegen der IG Handicap sei daher, auf Studentinnen und Studenten mit Behinderung aufmerksam zu machen.

Wenn Dr. Ruprecht Pfeiff ein Gespräch führt, braucht er all seine Sinne. Er schaut auf den Mund, um von den Lippen ablesen zu können.

Er dreht den Kopf so, daß er mit seinen fast tauben Ohren möglichst so viel von den Worten auffangen zu können, um sich dann den Sinn des Gesagten zusammensetzen. Der 42jährige hat an der Universität Bonn Kunstgeschichte studiert und anschließend promoviert. Damit gehört er zu den ganz wenigen schwerhörigen oder nicht hörenden Menschen, die eine so erfolgreiche akademische Karriere gemacht haben. "Es gibt so gut wie keine promovierten Hörbehinderten", sagt Ruprecht Pfeiff. Denn eine Hörbehinderung sei für eine akademische Ausbildung ein "extrem großes Handicap".

Dies ist wohl auch der Grund, weshalb es insgesamt so wenige hörbehinderte Studenten gibt. In Bonn kennt Otmar Nagel, der Behindertenbeauftragte der Universität, jedenfalls "zur Zeit keinen einzigen". Er fügt jedoch hinzu, daß "hörbehinderte Studenten die Angewohnheit haben, sich unauffällig einzugliedern und wenig anzuecken oder Forderungen zu stellen".

Vielleicht hängt dies mit der besonderen Verunsicherung durch diese Behinderung zusammen. Dr. Ruprecht Pfeiff: Zwischenfragen der Kommilitonen werden nicht verstanden; Diskussionen können nicht verfolgt werden. In Seminaren habe er immer nur einen Bruchteil verstanden und hinterher sei er immer mit einem "explodierenden Kopf" von der Anstrengung des konzentrierten Zuhörens nach Hause gegangen. Hinzu kommt, so Pfeiff: "Ein Hörbehinderter versteht die Nuancen nicht." Gerade dies ist für den wissenschaftlichen Diskurs aber unbedingt notwendig. Um trotzdem das Pensum zu schaffen, habe er extrem viel gelesen und vieles mit seinem Vater, der Archäologe ist und fachlich mit dem Stoff vertraut, durchgesprochen. Damit konnte er einige Nachteile ausgleichen.

Was aber blieb, waren immer wieder die Schwierigkeiten im Umgang mit anderen. Pfeiff: "Wir merken meist auch nicht, wenn es gefährlich wird im Gespräch." Ironie und Anspielungen werden häufig im wahrsten Sinne des Wortes "überhört". Die Folge ist, daß "man nicht für vollgenommen wird". Nicht zufällig, so Pfeiff,

wäre das niederländische Wort für taub gleichbedeutend mit "dumm".

## Können Sie das wiederholen?

Um Diskriminierung vorzubeugen, raten Selbsthilfeorganisationen wie die Bundesarbeitsgemeinschaft Hörbehinderter Studenten und Absolventen zur "Hörgeschädigten-Taktik". Das heißt: offensives Auftreten, Nachfragen lernen und sich durchsetzen. "Ich bin ein sehr introvertierter Mensch", sagt Ruprecht Pfeiff, der seit zwei Jahren arbeitslos ist, "ich schaff das nicht, aber ich weiß, daß es hilft."

Und dann erzählt er von seinem Zwillingbruder Albrecht, der zur gleichen Zeit wie er in Bonn Medizin studiert hat. Der Bruder ist heute Chefarzt an einem Krankenhaus bei Münster. Wenn sein Bruder etwas nicht mitbekommen habe, dann sei er aufgestanden und habe gesagt: "Hallo, ich hab das nicht verstanden. Können Sie das bitte wiederholen?". Und Dr. Albrecht Pfeiff selbst sagt rückblickend: "Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß offensives Auftreten, teilweise auch das Einbeziehen der Gebärdensprache, die besten Ergebnisse bringt." Wichtig sei, auf sich aufmerksam zu machen, auch in Seminaren und Vorlesungen nach der Devise: Nachfragen, schriftliche Informationen einfordern und nicht denken: Ich will den Betrieb nicht stören.

Die Barrieren werden abgebaut. Allerdings nur Stein für Stein und die Arbeiten gehen nur schleppend voran. Beim Hochschulneubau sind die Planer mittlerweile "sensibilisiert", so Renate Langweg-Berhörster von der Beratungsstelle für behinderte Studienbewerber und Studenten in Bonn. Viele neue Gebäude seien weitgehend behindertengerecht. Doch Hochschulen gehören nicht in den Katalog der Einrichtungen, für die die entsprechende DIN-Norm zwingend vorgeschrieben ist. Deshalb gebe es immer noch Universitäten, bei deren Planung zum Beispiel breite, rollstuhlgerechte Aufzüge geplant würden.

Aber beim Bau werde dann manchmal doch an den 100.000 DM für den entsprechenden Lift gespart.

Unnötige Handicaps müssen viele behinderte und chronisch kranke Studenten auch bei den Prüfungen hinnehmen. "Es fehlt an Nachteilsausgleichen", sagt die Studienberaterin Langweg. Zwar seien die Rahmenrichtlinien gut, doch manchmal hapere es an der Umsetzung in der Praxis. So müsse ein/e sehgeschädigte/r Student oder Studentin die Möglichkeit haben, statt Klausuren mündliche Prüfungen ablegen zu können. Ein stotternder Mensch solle auf Wunsch alleine eine Prüfung ablegen können, oder ein Gehörloser zum Beispiel einen Gebärdendolmetscher in Anspruch nehmen dürfen. Wer die Bedingungen für seine Prüfung modifizieren möchte, kann einen entsprechenden Antrag stellen. Dabei kann der Behindertenbeauftragte der jeweiligen Universität Hilfestellung geben. Für das Anfertigen von Referaten und Hausarbeiten ist ein Zeitzuschlag üblich.

Großen Nachholbedarf gibt es an deutschen Universitäten auch im Hinblick auf Studenten mit einer Lese- und Rechtschreibschwäche (LRS). In den USA und Großbritannien zum Beispiel gilt diese Gruppe automatisch als beeinträchtigt und kann daraus Nachteilsausgleiche ableiten. In Deutschland ist dieses Handicap Professoren und Dozenten häufig unbekannt. Studenten mit LRS "trauen sich oft nicht, sich zu outen", sagt Renate Langweg-Berhörster, "weil sie die Diskriminierung durch Dozenten fürchten."

Vergessen würden häufig auch Studenten mit nicht sichtbaren Behinderungen und chronisch Kranke. Diese Gruppe bedarf besonderer Beratung im Unibetrieb, genau wie Studenten mit einer psychischen Erkrankung. Hier ist noch ein großer Bedarf.

Fazit der Studienberaterin Langweg: "Es wird überall besser. Aber der Fortschritt ist eine Schnecke."

# CDU STIMMT FÜR STRASSEN BENENNUNG VON ANTISEMITIN MARIA STIRTZ

– VON BASTIAN RIPPER –

Die CDU Fraktion im Ausschuß für Gleichstellung und interkulturelle Fragen stimmte trotz der Thematisierung der ungeheuerlichen Äußerungen von Maria Stirtz während des Roeder-Prozeß 1976 und der Aufforderung von SPD und Grünen, diesen Antrag zurückzuziehen, für den von ihr eingebrachten Antrag. In dem Antrag wird vorgeschlagen, einen öffentlichen Platz in Darmstadt nach der verstorbenen CDU-Stadtverordneten Maria Stirtz zu benennen. Frau Irmgard Klaff-Isselmann, Vorsitzende der CDU-Stadtverordnetenfraktion, konnte den Argumenten der Gegner ihres Antrages wenig Verständnis abgewinnen.

Die *“Tätigkeit von Frau Stirtz für die SeniorInnen ist stärker in den Vordergrund zu stellen”*, so Klaff-Isselmann. Außerdem, so ihre Fraktionskollegin, müsse man mit der gleichen Argumentation die Wilhelm-Busch-Schule und Straße umbenennen und den Georg-Büchner-Preis abschaffen. Beide hätten sich antisemitisch geäußert. Der Antrag wurde mit den Stimmen von Rot/Grün abgelehnt.

Es bleibt abzuwarten, ob die CDU-Stadtverordnetenfraktion eine Umbenennung der genannten Schule, Straße und des Preises parlamentarisch einbringt.

## Chronologie des Vorfalles um Maria Stirtz:

Neben ihrer Tätigkeit als Kommunalpolitikerin ging Frau Stirtz auch einem Amt als ehrenamtliche Schöffin am Landgericht Darmstadt nach. In dieser Funktion war sie Anfang 1976 in den Prozeß um den Neonazi-Terroristen Manfred Roeder eingebunden.

Dem Initiator und Vorsitzenden der sogenannten *“Deutschen Bürgerinitiative”*, Roeder, wurde vorgeworfen, sich mit der Herausgabe der Broschüre *“Die Auschwitz-Lüge”* und mit einem Vorwort zu diesem Heft der Volksverhetzung und Beleidigung schuldig gemacht zu haben. Am 23.6.1976 wurde er hierfür zu einer siebenmonatigen Freiheitsstrafe, ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung und einer Geldstrafe von 3000 DM verurteilt.

Die Schöffin Maria Stirtz unterhielt sich während einer Verhandlungspause des Prozesses Im Februar 1976 im Flur des Landgerichtes mit

einem Journalisten.

Im folgenden Zitate aus einem Artikel des Darmstädter Echos vom 4. März 1976: *“Als eine ‘ungeschickte Äußerung’ bezeichnete gestern Landgerichtspräsident Gehard Wenzel die Bemerkung einer Schöffin, sie erkenne Juden bereits am Gang.”*

Und weiter:

*“Der Bemerkung war am vorausgegangenen Verhandlungstag ein Pausengespräch der Schöffin mit einem auswärtigen Prozeßbeobachter vorausgegangen. Nach Wenzels Darstellung war dieser Mann offensichtlich einer von denen, die mit Roeder angereist waren und die sich mit einem Presseausweis legitimiert hatten. Die Schöffin verweigerte diesem Mann die gewünschten Auskünfte, sprach allerdings tags darauf mit einem Darmstädter Journalisten über den Vorfall. Dabei – so der Landgerichtspräsident – habe die Schöffin ihrer Verwunderung Ausdruck verliehen, daß selbst Juden zu den Sympathisanten Roeders zählten. Auf die Frage ihres Gesprächspartners, woher sie wisse, daß es sich bei dem Mann um einen Juden handelt, habe die Schöffin auf ihren sicheren Instinkt hingewiesen und die Bemerkung über die Gehweise gemacht.”*

Der jetzige Oberbürgermeister dieser Stadt, Peter Benz, schrieb damals an den hessischen Justizminister Herbert Günther und bat ihn um Aufklärung dieses Falles. Er nannte die Äußerungen von Stirtz unter anderem eine *“ungeheuerliche Äußerung”* und forderte Konsequenzen.

Die Vorstellung, Juden an der Gehweise zu erkennen, entspricht der Rassenpolitik der NSDAP, welche Juden u.a. an der krummen Nase erkennen wollte. Diese Rassenpropaganda war wesentlicher Bestandteil der Ideologie der Nationalsozialisten gewesen. Die Folgen sind bekannt.

Ich kann weder Gründe noch Motivation der CDU Darmstadt erkennen, einer Frau wie Maria Stirtz, welche die entscheidenden Teile dieser menschenverachtenden Ideologie verinnerlicht

hatte, einen Platz oder eine Straße zu widmen. Hierbei ist es völlig gleichgültig, wieviel Verdienste sie sich angeblich für die SeniorInnen in Darmstadt erworben hat.

Eine Ehrung von Frau Stirtz wäre ein Schlag gegen die Opfer und Überlebenden der Rassenpolitik der Nazis. Nicht zuletzt auch eine unausgesprochene Aufforderung an diejenigen, welche weiterhin unter demokratischen Deckmäntelchen antisemitische Politik betreiben.

## STUDIERENDE GEGEN RABEHL – OFFENER BRIEF AN DIE HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

**Im folgenden dokumentieren wir den offenen Brief des Leitungskollektivs der Hans-Böckler-Stipendiaten der Uni Hamburg an die Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Diese, so fordern die Studierenden, soll sich von Rabehl, der immer noch Vertrauensdozent der HBS ist, trennen.**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir schreiben Euch heute in Bezug auf Bernd Rabehl, Professor an der FU Berlin und Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung. Ein Vertrauensdozent muß für die HBS in erster Linie die StipendiatInnen gutachten schreiben, ist also ein wichtiges Bindeglied zwischen HBS und StudentInnen, als gewerkschaftliche Organisation ist die HBS an gewerkschaftliche Prinzipien, wie z.B. die Ablehnung rechtsextremer Tendenzen in der eigenen Organisation, gebunden. Auch die DozentInnen sollten diese gewerkschaftlichen Prinzipien teilen, ansonsten läßt sich nicht von Vertrauen zum/r DozentIn sprechen. Wir zeigen im Folgenden, daß Rabehl diese Prinzipien nicht teilt, damit also nicht auf dem Boden gewerkschaftlicher Positionen steht. Auch wenn uns der Fall in Hamburg nicht direkt betrifft, denken wir, daß er zu wichtig ist, als daß er unkommentiert übergangen werden könnte.

Wie Euch bekannt ist, hat Bernd Rabehl, ehemaliges SDS-Mitglied, am 5./6.12.1998 an den "Bogenhauser Gesprächen" der Münchener Burschenschaft "Danubia" teilgenommen und dort

einen Vortrag unter dem Titel "Nationalrevolutionäres Denken im antiautoritären Lager der Radikalopposition zwischen 1961/1980" gehalten. Die rechtsextreme Burschenschaft "Danubia" ist eine pflichtschlagende Verbindung.<sup>1</sup> Angesichts von Rabehls Biographie und politischem Hintergrund, muß davon ausgegangen werden, daß er sich bewußt auf diesen Vortrag eingelassen hat, wissend wer seine Gastgeber sind und welches Ziel die extreme Rechte damit verfolgt, mit (ehemaligen) Linken ins Gespräch (und mehr) zu kommen.

In seiner Rede postuliert er eingangs angeblich vorherrschende Denk- und Diskussionsverbote<sup>2</sup>, hervorgebracht von einer "Antifa-Linke(n), [die] [...] in einem Bündnis mit bestimmten Medien im In- und Ausland stünde. Diese Verbote führten dazu, daß nicht gesehen werde, daß in Zentraleuropa ein Friedensalter sich dem Ende zuneigt". Daß er hier nicht von den tatsächlich in Europa stattfindenden Kriegen spricht wird kurz darauf klar: "Nicht primär die Asylanten- und Flüchtlingsströme aus der ganzen Welt bedrohen den ethischen und moralischen Zusammenhalt der zentraleuropäischen Völker, son-

<sup>1</sup>s. TAZ 5.1.1999

<sup>2</sup>Alle folgenden Zitate aus dem Redemanuskript datiert auf den 6.12.1998

dem der Import der Partisanenformationen der internationalen Bürgerkriege und Kriegsschauplätze geschieht durch den Zuzug hochorganisierter und gleichzeitig religiös oder politisch fundamentalistisch ausgerichteter Volksgruppen, die keinerlei Interesse haben sich in den Gastländern zu integrieren oder sich ruhig zu verhalten. [...] Die Bürgerkriegskonstellationen werden hineingetragen in die jeweils europäischen und nationalen Gemeinschaften". Nachdem dergestalt angeblich die wahre Bedrohung des Landes ausgemacht ist, schreibt er ihr auch kurzerhand die Urheberchaft für rassistische Übergriffe und Repression gegen Ausländer zu: "Es ist also nicht primär der deutsche Fremdenhaß oder die Angst vor Veränderung und Umwälzung, die die deutschen Vorbehalte gegen die 'Fremden' schüren, sondern deren Verhalten und Demonstration, die deutsche Gesellschaft für private oder gruppenspezifische Sonderinteressen jeweils nur zu nutzen, trägt bei zur inneren Spaltung der Gesellschaft. [...] In Europa bedeutet diese politische Überfremdung die grundlegende Zerstörung von Volk und Kultur, vor allem dann, wenn die Auflösung der nationalen Identität bereits so weit fortgeschritten ist durch die kapitalistische Umwertung der Werte wie in Deutschland".

Nachdem hier bis in das Vokabular hinein ein Geist durchscheint, der nach 1945 nicht zu wirken aufgehört hat, wendet sich Rabehl der eigenen Vergangenheit zu und beschreibt ausführlich, wie er mit dem "Fluchthelfer" Dutschke schon seit Anfang der 60er eine "nationalrevolutionäre" Linie vertreten habe. Über die mutwillige Umdeutung Dutschkescher Positionen soll auch gleich die gesamte Geschichte der APO mit erledigt werden, wenn er schreibt: "Der Internationalismus trug die Farben nationaler Empörung".<sup>3</sup>

Daß Geschichte eigentlich nur ein Modus ist, die heutige Welt zu begreifen, wird dann vor allem deutlich, wenn er nach dieser Umdeutung anmerkt, daß diese frühen "nationalrevolutionären Versuche" gescheitert seien, weil "die 'psychologische Aktion', von der die amerikanischen Deutschlandspezialisten 1944/45 sprachen, die nationale Tradition aufzulösen, die Eliten zu entmachten und auszutauschen, die Kultur und

die psychologische Disposition der Menschen zu verändern und vor allem Institutionen zu schaffen, die der Dynamik eines modernen Kapitalismus entsprachen, [...] 1998 längst verwirklicht" sei.

Neben den angeblich fehlenden nationalen Werten hätten auch "die Eliten [...] ihre Verantwortung delegiert an Großbürokratien und Verwaltungsakte. [...] Deshalb müssen die Wahlen manipuliert werden, finden große Reklamefirmen Einsatz, werden Wahlgeschenke verteilt und Feste gefeiert und es geht immer darum, neue Wählerschichten zu finden. So sollen 16jährige teilhaben am Wahlklamauk und werden die unterschiedlichen 'Einwanderer' verdeutscht, früher die Kasachstandeutschen für die CDU, jetzt die Völker der Türken und Nordafrikaner für Grüne und SPD." Daß diese Visionen von "Wahlklamauk", "Überfremdung" und "Verdeutschung" von Einwanderern ihre geistigen Wurzeln in Schmittscher Tradition hat, macht der Abschlußparagraph deutlich: "Dort, wo Völker keinerlei Kultur oder Identität mehr besitzen, ist keinerlei Entscheidung zum Kurswechsel möglich. Agonie und Anomie sind angesagt. So gesehen haben die Fremden, die nach Deutschland fliehen, sogar recht, sich nicht anzupassen, denn um selbst nicht zu verschwinden in Dekadenz und Lethargie, wird es notwendig sein die eigene politische Identität zu pflegen und sich vorzubereiten auf die Kriege im eigenen Land".

Die eindeutigen Bezüge auf nationale Werte, die Angst vor angeblicher Überfremdung, die Postulierung eines unzulässig vereinfachenden Freund-Feind Schemas, die Existenz angeblich existierender Allianzen zwischen einer "Antifa-Linken" und "bestimmten Medien im In- und Ausland" signalisieren nicht nur eine, im gewerkschaftlichen Rahmen untragbare, Nähe zu rechtsextremen Konzeptionen, sondern bieten offene Kontaktpunkte für die völkische, nationalrevolutionäre Rechte, die die Vorstellung eines "nationalen Sozialismus" in der Tradition von Niekisch u.a., verbreiten.

Daß Rabehl diese Kontakte gezielt sucht, wird deutlich wenn man bedenkt, daß er sich von diesen Äußerungen nicht nur nicht distanziert hat,

<sup>3</sup>Mittlerweile haben viele ehemalige SDSler Rabehls Version eindeutig als Umdeutung der wirklichen Vorgänge bezeichnet. So u.B. "Nationalisten waren wir nie" unter <http://www.sds.partisan.net/>.

sondern sogar später noch stolz darauf ist, "lange nicht derartig personenidentisch gesprochen und geschrieben"<sup>4</sup> zu haben.

Da Ihr von diesen Vorgängen seit langer Zeit wißt, liebe Kolleginnen und Kollegen, mag erstaunen, daß Ihr nicht sofort das Verhältnis zwischen der HBS und Rabehl gelöst habt. Vielleicht wird im Licht weiterer Vorgänge allerdings ein Schuh daraus: In mehreren Studien ist mittlerweile nachgewiesen worden, daß es unter Gewerkschaftsmitgliedern eine gefährliche Rechtsentwicklung gibt die dazu zu führen scheint, daß auch gewerkschaftlich organisierte Jugendliche zunehmend rechtsextreme Parteien wählen<sup>5</sup>. In den Gewerkschaftlichen Monatsheften 6/7 98 schreiben Wilhelm Hankel und Hermann Lübke. Ersterer schreibt in "Freiheit Wattenscheid" einer lokalen neofaschistischen Zeitung und in der "Jungen Freiheit", letzterer arbeitet mit dem Studienzentrum Weikersheim (rechtskonservativ mit Übergängen zum Rechts extremismus) zusammen.

Bereits 1992 zeigte ein Interview mit Wolfgang Kowalski, damals Mitglied der IG-Metall Grundsatzabteilung, in der Jungen Freiheit 11/92, daß manche hohen gewerkschaftlichen Funktionäre in ihren Kontakten zur extremen Rechten eine offene Flanke zeigen. Vielen GewerkschafterInnen, nicht zuletzt KollegInnen ohne deutschen Paß, die in ihrer Arbeit vor Ort gegen solche betrieblichen und gesellschaftlichen Konsequenzen kämpfen, und die ja die Arbeit der Stiftung auch finanziell unterstützen, muß es wie Hohn in den Ohren klingen, wenn sie von dem Verhältnis HBS - Bernd Rabehl hören.

In der gewerkschaftlichen Geschichte gibt es immer zwei Traditionen. Die eine fährt im nationalen Boot mit bis es schließlich auch die treuesten Anhänger im Untergang mit sich nimmt. Die andere grenzt sich vom nationalen Schulter schluß ab, da dieser in der Konsequenz immer dazu führt, daß Arbeitnehmerrechte beschnitten, "Fremde" benachteiligt und ausgegrenzt werden und reaktionäre Geschlechterverhältnisse durchgesetzt werden. Lange Zeit hat in den Gewerkschaften ein antifaschistischer Konsens gegolten. Dieser wird nicht zuletzt von der Haltung führender Funktionäre in den Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Organisationen mitbestimmt. Ihr könnt durch Euer Verhalten dazu beitragen, daß rechtsextreme Positionen nicht wieder hoffähig werden. Mit einer Position der "Offenheit", die beinhaltet, daß man mit allen diskutiert weil sie angeblich respektable Wissenschaftler sind ungeachtet ihrer gesellschaftspolitischen Aussagen, geht dies nicht.

Wir fordern Euch daher auf, das Verhältnis zwischen der HBS und Rabehl umgehend zu beenden<sup>6</sup>, und dazu öffentlich Position zu beziehen.

Es ist nun an Euch, zu handeln.  
Mit kollegialen Grüßen

LK Uni Hamburg

Tanja Bogusz, Ali Bostanci, Martin Kimmich,  
Anja Schneider, Lars Stubbe

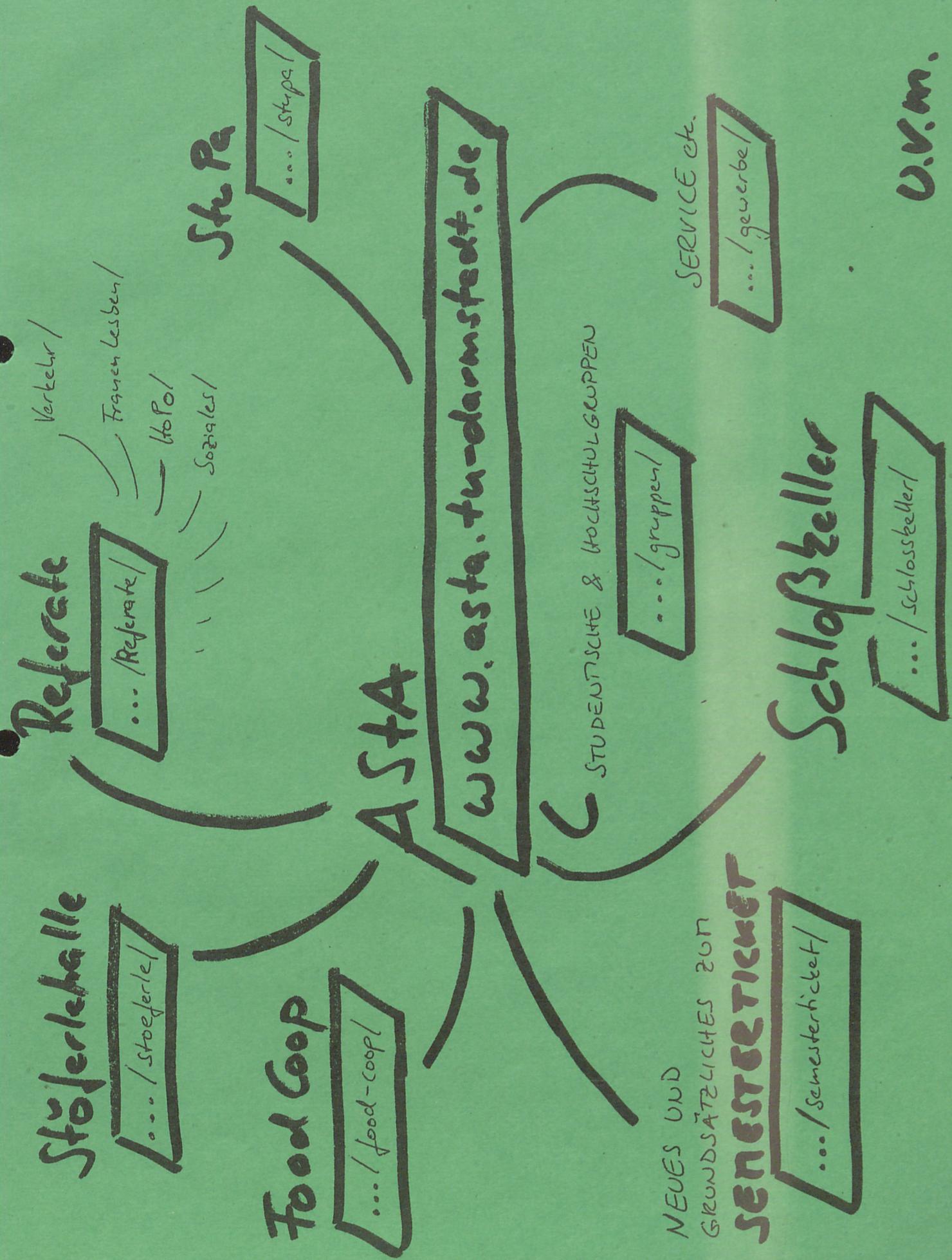
Hamburg, Juli 1999

<sup>4</sup>Brief Rabehl vom 28.12.1998

<sup>5</sup>s. Klaus Weber: "Das Wir und die Leistung. Über funktionale Leerstellen der extremen Mitte". *express* 05/99.

<sup>6</sup>Wir schließen uns hiermit der unmißverständlichen Aufforderung der AG Internationalismus/Antirassismus der StipendiatInnen der HBS vom 25.5.99 an.

# ASTA & Co im WWU



## **Termine rund um das FrauenLesbenReferat WiSe 1999/2000**

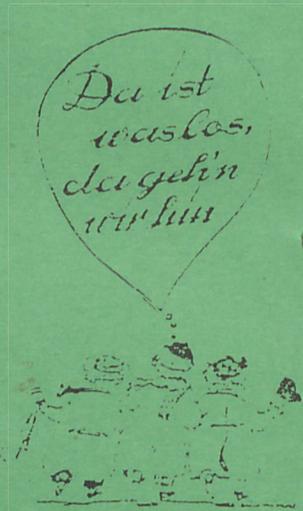
### **Regelmäßige Termine**

**Öffnungszeiten der Frauen-Bibliothek / Sprechzeit der Referentinnen**  
jeden Montag um 18.00 Uhr

**Offene Referatssitzungen.**  
jeden Montag um 18.00 Uhr

**Feminismus- Arbeitskreis:**  
jeden 1. und 3. Montag des Monats um 19.00 Uhr

**Frauenstammtisch:**  
jeden letzten Montag des Monats ab 21.00 Uhr im Café Ballon



### **Veranstaltungen**

- |                 |           |  |
|-----------------|-----------|--|
| 25.10.99        | 16.15 Uhr | Rundgang für Studienanfängerinnen und alle interessierten Studentinnen aller Studienrichtungen der TUD: Wo geht Frau hin, um andere Frauen zu treffen, mit/von ihnen zu lernen, sich zu vergnügen, Sport zu treiben, Unterstützung zu bekommen...??? |
|                 |           | -Die Uni und Darmstadt einmal anders kennenlernen!-  |
| 25.11.99        |           | Anti-Sexismus-Workshop: „Nein zu sexueller Belästigung und Diskriminierung von Frauen“   |
| 4./5.12.99      |           | Wendo-Kurs   |
| 11.12.99        | 16.00 Uhr | Workshop: Kreistänze aus verschiedenen Kulturen und Religionen   |
| 15./16.01.2000  |           | Internet-Kurs für Einsteigerinnen  |
| 17.01.2000      | 19.00 Uhr | Vortrag: Das Persönliche ist politisch   |
| 31.01.2000      | 19.00 Uhr | Workshop: Selbstbehauptung im Rollenspiel  |
| 4./5./6.02.2000 |           | Schreibwerkstatt: Wie schreibe ich eine Kurzgeschichte?  |